



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 1

Januar 1961

Aufsätze:

- Öffentliche Jugendhilfe
- X ✓ Bevölkerungsentwicklung 1958/59 (Folk)
- Öffentliche Verschuldung 1960
- Ausgaben für allgemeinbildende Schulen 1959
- Ernte und Anbau von Gemüse

Kurzberichte:

Turnen und Sport 1965

X Graphik des Monats:
1955

1060
Der Altersaufbau der Gesamtbevölkerung
und der Vertriebenen 1959

INDUSTRIELAND

AGRARLAND

Anteil der Bereiche

an allen
Erwerbstätigen



Industrie
und Handwerk

Handel
und Verkehr

Land-
wirtschaft

an der
Wertschöpfung

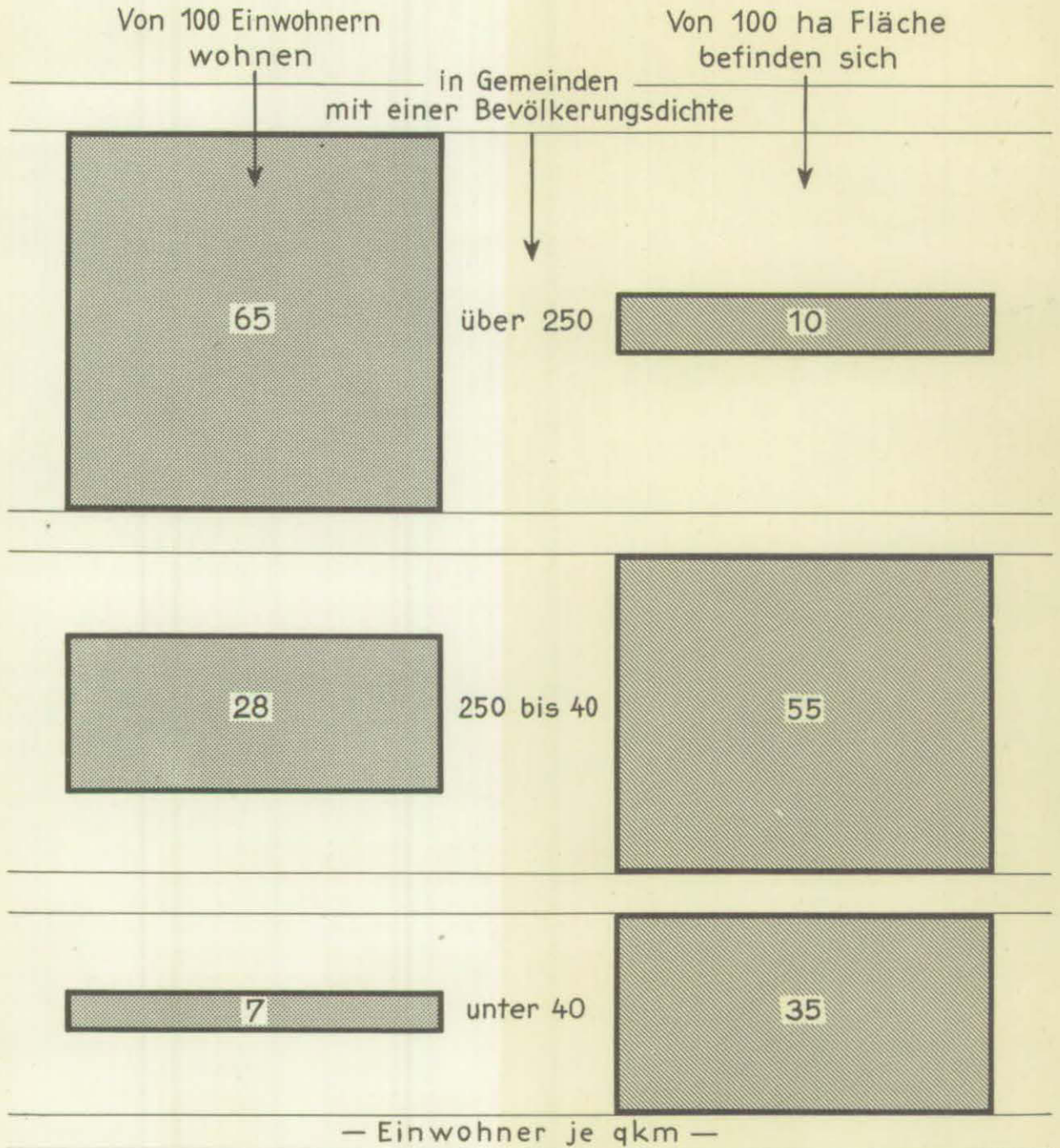


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

ist Schleswig-Holstein ein INDUSTRIELAND ODER ein AGRARLAND ?



I N H A L T

1/61

Ist Schleswig-Holstein ein Industrieland oder ein Agrarland?	2. Umschlagseite
Aktuelle Auslese	1
Aus dem Inhalt	2-3
Aufsätze	
Die öffentliche Jugendhilfe in Schleswig-Holstein	4-9
Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein 1958 und 1959	9-13
Die öffentliche Verschuldung am 31. März 1960	13-20
Die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen im Rechnungsjahr 1959	20-22
Ernte und Anbau von Gemüse 1959 und 1960	22-24
Kurzberichte	
Turnen und Sport	24
Graphik des Monats	16-17
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	1*-6*
Kreiszahlen	7*
Schleswig-Holstein im Bund	8*
Wirtschaftskurven A - allgemein -	3. Umschlagseite

In den Statistischen Monatsheften
bisher erschienene Aufsätze und Kurzberichte:

Heft 8/1960

Energieversorgung 1958 bis 1959
Baugenehmigungen 1959
Einzelhandelsumsätze 1959
Brief- und Paketverkehr

Vertriebene und Zugewanderte
Meldepflichtige Krankheiten 1959
Berufsschulen 1959
Klassifizierte Straßen

Heft 9/1960

Wohnungsmarkt 1960
Vermögen 1957
Wieviel Straßenverkehrsunfälle künftig?
Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft

Feuerwehr und Brandschäden 1959

Heft 10/1960

Industrie 1959
Bauergebnis 1959
Bilanzstruktur 1957
Einzelhandelspreise 1959
Gemeindesteuern und Schlüsselzuweisungen

Produktivität im Baugewerbe
Studenten der Volkswirtschaft

Heft 11/1960

Lehrernachwuchs
Lkw-Fernverkehr 1957
Einkommen und -steuer 1957
Angestelltengehälter

Ausländische Studenten
Volkshochschulen
Jugendgruppen
Handelsdünger
Spezifischer Energieverbrauch

Heft 12/1960

Die alten Leute 1960/70
Sozialbezüge 1957/59
Umsätze 1959
Löhne in der Industrie 1950/60
Löhne im Handwerk 1957/60
Strafvollzug 1959

Aus der Bevölkerungsvorausberechnung



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

13. Jahrgang · Heft 1

Januar 1961

Aktuelle Auslese



ÜBER 2,3 MILL. EINWOHNER

Ende September 1960 lebten in Schleswig-Holstein 2 306 000 Einwohner, rund 16 000 mehr als Anfang 1960. Diese Zunahme ergab sich aus einem Geburtenüberschuß von über 8 000 Personen und einem Wanderungsgewinn von knapp 8 000 Personen.



ERGEBNISSE DER VIEHZÄHLUNG

Am 2. Dezember 1960 gab es in Schleswig-Holstein - nach dem vorläufigen Ergebnis - fast 460 000 Milchkühe, gut 18 000 mehr als Anfang Dezember 1959. - In der Schweinehaltung hatten vor allem die Zuchtsauenbestände zugenommen. Es wurden 100 000 tragende Sauen gezählt. Damit wurden fast ein Viertel mehr gehalten als im Durchschnitt der Jahre 1954/59.



VERURTEILTENZIFFERN SIND GESTIEGEN

Im Jahre 1959 wurden von schleswig-holsteinischen Gerichten rund 19 700 straffällige Personen verurteilt. Das entspricht einer Verurteiltenziffer (Verurteilte je 10 000 Einwohner) von 107. Im Jahre 1958 hat diese Ziffer 97 betragen. Die einzelnen Personenkreise waren dabei an der Verurteilung unterschiedlich beteiligt:



EINLAGEN UND KREDITE

Ende Oktober 1960 beliefen sich die Einlagen der Nichtbankenkundschaft bei den schleswig-holsteinischen Kreditinstituten auf 2,7 Mrd. DM. Die darin enthaltenen Spareinlagen machten fast 1,5 Mrd. DM aus, das waren 636 DM je Einwohner. Die gesamten Einlagen nahmen seit dem 31. Oktober 1959 um 13%, die Spareinlagen allein um 18% zu. - Die der Nichtbankenkundschaft gewährten Kredite stiegen im gleichen Zeitraum um 15% und erreichten 4,1 Mrd. DM. Davon entfielen auf kurzfristige Kredite 1,2 Mrd. DM und auf längerfristige Kredite 2,9 Mrd. DM.

Verurteiltenziffer
(Verurteilte
je 10 000 Personen
gleichen Alters)

	1958	1959
Jugendliche (14 bis 17 Jahre)	89	119
Heranwachsende (18 bis 20 Jahre)	215	249
Erwachsene (21 Jahre und älter)	87	93



ÜBER 1 800 ZUKÜNFTIGE INGENIEURE

Im Wintersemester 1960/61 studierten an den sechs Ingenieurschulen Schleswig-Holsteins 1 851 Deutsche und 22 Ausländer. Damit wurden insgesamt 229 Ingenieure mehr ausgebildet als im Winter 1959/60.



HOHE ZUWACHSRATE BEI DEN LANDESSTEUERN

Im 3. Rechnungsvierteljahr 1960 (1. 10. bis 31. 12.) betragen die kassenmäßigen Einnahmen aus Landessteuern - einschließlich Landesanteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer - 158 Mill. DM. Gegenüber dem Aufkommen von 122 Mill. DM im gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet das eine Mehreinnahme von 36 Mill. DM oder 30%.

Aus dem Inhalt

Öffentliche Jugendhilfe

Seite 4

Die amtliche Statistik durchleuchtet nicht die gesamte öffentliche Jugendhilfe, sondern in erster Linie nur die Arbeitsgebiete der Jugendfürsorge, wie Pflegeaufsicht, Vormundschaftswesen, Fürsorgeerziehung u. a. - Die Jugendämter Schleswig-Holsteins hatten Ende März 1960 reichlich 26 000 Kinder unter 14 Jahren zu beaufsichtigen. Knapp sieben Zehntel davon waren uneheliche Kinder, die bei ihrer Mutter lebten. Bei 23% handelte es sich um uneheliche Pflegekinder und bei 7% um eheliche Pflegekinder. In den acht Jahren von März 1952 bis März 1960 hat sich der Bestand der unter Pflegeaufsicht stehenden Kinder um knapp 10 000 vermindert. - Der Amtsvormundschaft der schleswig-holsteinischen Jugendämter unterstanden Ende März 1960 insgesamt 29 000 Minderjährige; in 93% aller Fälle waren die Amtsvormundschaften kraft Gesetzes bei der Geburt eines unehelichen Kindes entstanden, in den restlichen 7% waren sie vom Vormundschaftsgericht angeordnet worden. Zwischen März 1952 bis März 1957 hat die Zahl der Amtsvormundschaften um reichlich ein Zehntel abgenommen. Seit 1958 ist jedoch eine steigende Tendenz zu beobachten. Es gibt außerdem Fälle, in denen das Jugendamt zum Mitvormund, Pfleger oder Beistand bestellt wird. Ende März 1960 wurden in Schleswig-Holstein 3 400 Amtspfleg- und -beistandsschaften registriert. Zum gleichen Zeitpunkt bestanden knapp 29 000 Einzelvormundschaften. - Zu den Aufgaben des Jugendamtes gehören auch die Vaterschaftsfeststellungen. Im Rechnungsjahr 1959 wurden 3 400 Fälle erledigt, sieben Zehntel davon durch Anerkennung oder erfolgreiche Klage sowie 10% durch Legitimation und Ehelichkeitsklärung. Im gleichen Rechnungsjahr wurden unter Mitwirkung der Jugendämter in Schleswig-Holstein 256 Adoptionen abgeschlossen. In 18 Fällen waren die Adoptiveltern Ausländer. - Die Jugendämter haben 1959 außerdem auf gerichtliches Ersuchen 1 200 Volljährigkeitserklärungen überprüft und 3 200 Stellungnahmen zu Sorgerechtsentscheidungen abgegeben. - Die Jugendgerichtshilfe wird von den Jugendämtern im Zusammenwirken mit den Jugendwohlfahrtsverbänden ausgeübt. Im Rechnungsjahr 1959 betreuten die Jugendämter rund 7 000 Minderjährige in der Jugendgerichtshilfe. Fast neun Zehntel dieser Minderjährigen waren männlich. In den letzten Jahren wurden bedeutend mehr Fälle in der Jugendgerichtshilfe bearbeitet als früher. - Unter Schutzaufsicht standen Ende März 1960 knapp 2 000 Minderjährige; in 54% der Fälle war die Schutzaufsicht gerichtlich angeordnet, bei den restlichen 46% handelte es sich um die sogenannte freiwillige Schutzaufsicht, die die Jugendämter ohne gerichtliche Anordnung ausüben. Außerhalb der Schutzaufsicht wurden ferner 9 600 Minderjährige wegen zerrütteter Familienverhältnisse oder Schwierigkeiten bei ihrer Erziehung von den Jugendämtern des Landes regelmäßig oder für längere Zeit formlos betreut. - Die Fürsorgeerziehung ist die einschneidendste Maßnahme der öffentlichen Jugendhilfe. Ende März 1960 standen in Schleswig-Holstein knapp 1 500 Minderjährige in Fürsorgeerziehung, davon waren 15% vorläufig und 85% endgültig eingewiesen worden. Seit 1952 hat sich die Zahl der Fürsorgezöglinge erheb-

lich vermindert. - Die Freiwillige Erziehungshilfe wurde erst 1957 in Schleswig-Holstein eingerichtet. Am 31. März 1960 befanden sich 217 Jugendliche in Freiwilliger Erziehungshilfe, fast drei Viertel davon waren männlich.

Bevölkerungsentwicklung 1958/59

Seite 9

Schleswig-Holstein hatte Ende 1959 fast 2,3 Mill. Einwohner. Der Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung betrug 28%. Die Einwohnerzahl ist in den letzten Jahren größer geworden. Die Bevölkerungszunahme für das Jahr 1959 setzt sich aus einem Geburtenüberschuß von 10 600 Personen und einem Wanderungsgewinn von 3 500 Personen zusammen. - Die Zahl der Lebendgeborenen stieg weiter an. 1958 wurden 34 400 Kinder und 1959 36 700 Kinder geboren. Die Zahl der Sterbefälle hielt sich in diesen beiden Jahren ziemlich konstant. Sowohl 1958 als 1959 starben rund 26 100 Personen. - Der Wanderungsgewinn (mehr Zuzüge als Fortzüge) betrug 1958 3 100 Personen und 1959 3 500 Personen. In jedem dieser beiden Jahre zogen 78 300 Personen nach Schleswig-Holstein zu. Dagegen verließen 1958 75 200 Einwohner und 1959 74 800 Einwohner das Land. - Die Bevölkerungsentwicklung war in den einzelnen Kreisen unterschiedlich. Von Anfang 1958 bis Ende 1959 nahm die Bevölkerung in 14 Kreisen zu und in 7 Kreisen ab. - 1959 waren 47% der Bevölkerung männlich und 53% weiblich. - Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes betrug 1959 4,3%. Damit ist Schleswig-Holstein das viertkleinste Bundesland.

Öffentliche Verschuldung 1960

Seite 13

Die kommunale Verschuldung ohne Kassenkredite erreichte in Schleswig-Holstein Ende März 1960 564 Mill. DM. Von dieser Summe entfielen 562 Mill. DM auf die Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Hierbei handelt es sich um die seit dem 21. 6. 1948 aufgenommenen Inlandschulden. - Verschuldet sind alle kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern und fast alle Gemeinden (97%) mit 1 000 bis 2 000 Einwohnern. Von den kleinen Gemeinden (bis zu 1 000 Einwohnern) waren 78% verschuldet und von den Ämtern nur 30%. Die Verschuldung ist im allgemeinen höher als in den Vorkriegsjahren, wobei aber nicht vergessen werden darf, daß sich die gesamte Finanzsituation der Gemeinden inzwischen grundsätzlich geändert hat. - Die Verschuldung der Gemeinden auf dem Kreditmarkt hat in den letzten Jahren zugenommen. Ende März 1960 entfielen 58% der Gesamtschulden auf Kreditmarktmittel. Als Darlehnsgeber kamen in erster Linie die Sparkassen (92 Mill. DM) und die Girozentralen (88 Mill. DM) in Frage. Auf diese beiden Darlehnsgeber entfielen mehr als die Hälfte aller Kreditmarktmittel. - Von den am 31. März 1960 bestehenden Schuldverpflichtungen wurden fast 27% für die wirtschaftlichen Unternehmen verwendet. Der Anteil der Kreditmarktmittel war hier mit 75%

besonders hoch. An zweiter Stelle folgt die Darlehnsaufnahme für Straßen-, Wege- und Brückenbau, die 21,5% aller Mittel für sich beanspruchten, - Die Neuverschuldung der Gemeinden (ohne wirtschaftliche Unternehmen, Wohnungsbau und allgemeines Grundvermögen) ist in Schleswig-Holstein relativ höher als im Bundesgebiet. Sie machte z. B. am 31.3.1959 in Schleswig-Holstein 140 DM je Einwohner aus und im Bundesgebiet 126 DM je Einwohner. Der Anteil der Kreditmarktmittel an der Neuverschuldung betrug in Schleswig-Holstein zum gleichen Zeitpunkt 47% und im Bundesdurchschnitt 72%. Dabei ist aber die Schuldenaufnahme bei Gebietskörperschaften und die Inanspruchnahme der öffentlichen Sondermittel in Schleswig-Holstein höher als im Bund gewesen. - Die staatliche Verschuldung betrug Ende März 1960 1,8 Mrd. DM, das sind 772 DM je Einwohner. Die Verschuldung des Landes hatte gegenüber dem 31. März 1959 um 8% zugenommen. Auffällig hoch war die Steigerung der Schulden aus Kreditmarktmitteln (+ 27%).

gleichen Zeitraum 59,6 Mill. DM ausgegeben, Auf den einzelnen Schüler kamen durchschnittlich 1 646 DM.

Ernte und Anbau von Gemüse

Seite 22

Die anhaltende Trockenheit im Jahre 1959 wirkte sich auf die Ertragshöhe der einzelnen Gemüsearten verschieden aus. Trotz des beachtlichen Regendefizits konnten z. B. besonders beim Herbstweißkohl wesentlich bessere Erträge erzielt werden als 1958. Auch Wirsingkohl brachte höhere Erträge als 1958. In Dithmarschen brachten die Pflückerbsen sehr gute Erträge. Auch Buschbohnen schnitten hier noch verhältnismäßig gut ab, während sie im Raum um Lübeck infolge der Dürre z. T. völlig versagten. Die Möhren litten unter der Trockenheit und brachten die niedrigsten Erträge des letzten Jahrzehnts. - Obwohl 3% mehr Land mit Möhren bebaut wurde, blieb die Ernte fast ein Viertel unter dem Ergebnis von 1958. Von einer gegenüber 1958 um 8% vergrößerten Kohlfläche wurde dagegen 16% mehr Kohl geerntet. Bei Buschbohnen wurde nur eine halb so große Ernte eingebracht wie 1958. - Die 1959 geernteten Mengen konnten recht gut abgesetzt werden. Selbst die Kohlernte von 154 000 t fand ihre Käufer. - Die gute Absatzlage 1959/60 bei Gemüse hat viele Anbauer 1960 veranlaßt, die Gemüseflächen zu erweitern. Sie wurden 1960 um insgesamt 2 000 ha vergrößert. - Der Dauerkohl kam 1960 an die Vorjahreserträge kaum heran. Bei Spätblumenkohl gab es schlechte Erträge. Buschbohnen und Pflückerbsen brachten etwas mehr als im schlechten Erntejahr 1959. Dagegen profitierten Möhren, Rote Bete, Spätkohlrabi, Porree und Sellerie von der feuchten Witterung. - 1960 gab es nicht so günstige Bedingungen wie 1959, schleswig-holsteinische Ware in anderen Bundesländern abzusetzen.

Ausgaben für allgemeinbildende Schulen 1959

Seite 20

Im Rechnungsjahr 1959 wurden vom Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt 265 Mill. DM für die allgemeinbildenden Schulen Schleswig-Holsteins ausgegeben. Das sind etwa 68% der Ausgaben für das gesamte Bildungswesen. - Von den Ausgaben für allgemeinbildende Schulen beanspruchten die Volks- und Hilfsschulen 63%. Für einen Volks- und Hilfsschüler wurden im Rechnungsjahr 1959 im Durchschnitt 732 DM aufgewendet, das sind 66% der Aufwendungen für einen Mittelschüler und nur 44% der auf einen höheren Schüler entfallenden Ausgaben. Die unmittelbaren Ausgaben für Volks- und Mittelschulen beliefen sich auf 166 Mill. DM. Von diesem Gesamtaufwand entfielen 131 Mill. DM auf die Verwaltungs- und Zweckausgaben, die sich zu fast neun Zehnteln aus Personalausgaben zusammensetzten. - Die unmittelbaren Ausgaben für Mittelschulen betragen im Rechnungsjahr 1959 39,2 Mill. DM. Der Mittelschüler kostete damit im Durchschnitt 1 107 DM. - Für höhere Schulen wurden im

Turnen und Sport

Seite 24

Anfang 1960 gab es in Schleswig-Holstein 890 Turn- und Sportvereine mit insgesamt 190 300 Mitgliedern. 45% der Mitglieder waren Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren. Die Sportarten Turnen und Fußball hatten die meisten Mitglieder.

Alle Angaben für das Bundesgebiet gelten, wenn nicht anders vermerkt, ohne Saarland und Berlin (West).

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Erläuterungen zu den Tabellen:

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Grössenklassen bedeutet "a-b": a bis unter b. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl. \bar{x} bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert grösser als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die öffentliche Jugendhilfe in Schleswig-Holstein

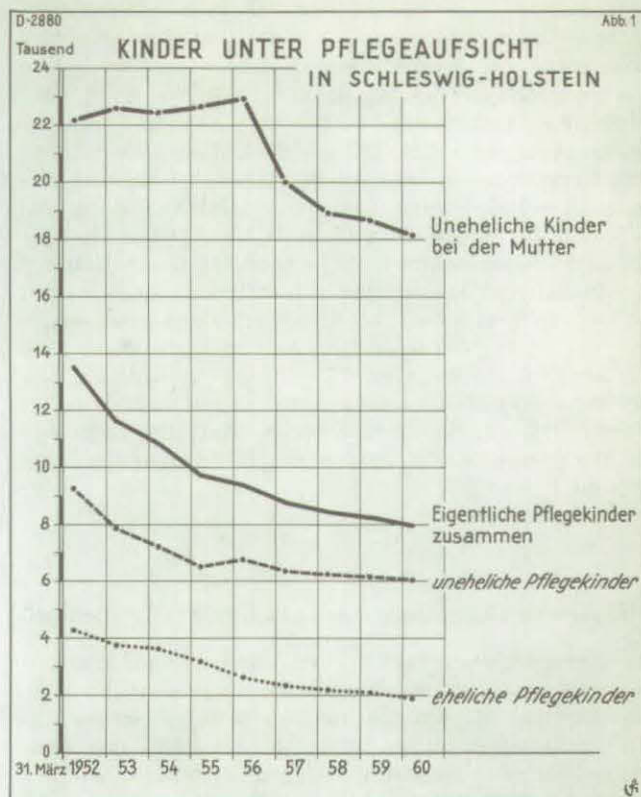
Allgemeines

Unter "öffentlicher Jugendhilfe" versteht man alle Hilfsmaßnahmen, die von einer Behörde, unter ihrer Aufsicht oder in ihrem Auftrag für die Jugend durchgeführt werden. Sie gliedert sich in Jugendpflege, Jugendschutz, Jugendsozialarbeit und Jugendfürsorge. Zur Jugendpflege gehört die Förderung der Jugendverbände, -gruppen und -ringe, außerdem die Errichtung und Erhaltung von Jugendheimen sowie die Jugenderholungsarbeit, die sich vor allem im Jugendferienwerk und Jugendherbergswesen äußert. Der Jugendschutz findet seinen Ausdruck in den Maßnahmen, die die Jugendlichen auf Grund der Jugendschutzgesetze in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und vor gefährdeten Schriften schützen sollen. Die Jugendsozialarbeit ist gekennzeichnet durch den Bau und die Unterhaltung von Jugendwohn- und Lehrlingsheimen, die Betreuung der Flüchtlingsjugend und das Jugendaufbauwerk. Zur Jugendfürsorge gehören der Pflegekinderschutz, die Mitwirkung der Jugendämter im Vormundschaftswesen und ihre Tätigkeit als Gemeindevaisenrat sowie die Jugendgerichtshilfe, Schutzaufsicht, freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung.

Die amtliche Statistik durchleuchtet nicht die gesamte öffentliche Jugendhilfe, sondern in erster Linie nur die Arbeitsgebiete der Jugendfürsorge. Deshalb werden sich die folgenden Ausführungen, die vor allem die Ergebnisse der Jugendhilfestatistik von Schleswig-Holstein darstellen und kommentieren, weitgehend auf die Jugendfürsorge beschränken. Die Rechtsgrundlage für die Jugendhilfestatistik ist die Verordnung über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge und der Jugendhilfe vom 24. März 1960.

Pflegeaufsicht

Die Jugendämter haben die Aufgabe, die in ihrem Bezirk lebenden Pflegekinder und die bei ihren Müttern befindlichen unehelichen Kinder zu beaufsichtigen, damit das Wohl dieser Kinder in gesundheitlicher und erzieherischer Hinsicht sichergestellt wird. Pflegekinder sind in der Regel Kinder unter 14 Jahren, die von ihren Angehörigen oder Vormündern gegen Entgelt in fremde Pflege gegeben wurden. Ein Pflegekind aufnehmen darf nur, wer die Erlaubnis vom Jugendamt dazu hat. Es muß gewährleistet sein, daß die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die erzieherischen Fähigkeiten der Pflegepersonen den Anforderungen für das Großziehen eines Kindes genügen. Das Jugendamt kann bei der Beauf-



sichtigung seiner Schützlinge Auskünfte von den Pflegeeltern verlangen und deren Wohnung betreten, um die Kinder in Augenschein zu nehmen. Es kann ferner die Pflegeeltern auffordern, das Kind dem Gesundheitsamt vorzustellen oder bei Gefahr im Verzuge das Kind anderweitig unterbringen.

Die Jugendämter Schleswig-Holsteins hatten Ende März 1960 reichlich 26 000 Kinder unter 14 Jahren zu beaufsichtigen. Knapp sieben Zehntel davon waren uneheliche Kinder, die bei ihrer Mutter lebten. Bei 23% handelte es sich um uneheliche Pflegekinder und nur bei 7% um eheliche Pflegekinder.

Ende März 1960 kamen auf tausend Einwohner unter 14 Jahren 58 unter Pflegeaufsicht stehende Kinder. In der Zeit von 1951 bis 1959 ist diese Zahl niemals so niedrig gewesen. Ende März 1956 hatte sie ihren Höchststand, sie betrug damals immerhin 72. Der Umfang der Pflegeaufsicht in Schleswig-Holstein liegt über dem Bundesdurchschnitt. Im gesamten Bundesgebiet entfielen am 31. März 1959 auf tausend Einwohner unter 14 Jahren nur 56 beaufsichtigte Kinder, in Schleswig-Holstein dagegen 61. Von allen der Pflegeaufsicht unterstellten Kindern waren in unserem Land 31% eigentliche Pflegekinder, im Bund hingegen nur 16%. Dafür belief sich der Anteil der bei den Müttern lebenden Kinder im Land nur auf 69%, im Bund aber auf 84%.

In den acht Jahren von März 1952 bis März 1960 hat sich der Bestand der unter Pflegeaufsicht stehenden Kinder um knapp 10 000 vermindert; das entspricht einem Rückgang um gut ein Viertel. Bei weitem am stärksten abgenommen hat die Zahl der ehelichen Pflegekinder, sie schrumpfte auf weniger als die Hälfte zusammen. Der Bestand an unehelichen Pflegekindern verringerte sich um ein Drittel und die Zahl der bei ihrer Mutter lebenden unehelichen Kinder um knapp ein Fünftel. Die Zahl der Einwohner unter 14 Jahren sank in der gleichen Zeit nur um 23%. Mithin kann die Verminderung der von den Jugendämtern beaufsichtigten Kinder nicht allein durch den Rückgang der jugendlichen Bevölkerung erklärt werden. Die außerordentlich starke Verringerung der ehelichen Pflegekinder läßt darauf schließen, daß die Gesundung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse für diese Entwicklung eine Rolle spielte. Besonders die Verbesserung der Wohnverhältnisse dürfte in starkem Maße hieran beteiligt gewesen sein.

Uneheliche Kinder, die sich bei ihrer Mutter befinden, sollen widerruflich von der Beaufsichtigung befreit werden, wenn ihr gesundheitliches und sittliches Gedeihen gewährleistet ist. Ende März 1960 gab es in Schleswig-Holstein 1 800 solcher Kinder. In den letzten zwei Jahren hat sich diese Zahl erheblich vermindert, Ende März 1958 waren noch 3 800 solcher Fälle registriert worden. Auch Pflegekinder können widerruflich von der Aufsicht befreit werden, wenn für die Dauer des Pflegeverhältnisses garantiert ist, daß sie in sittlicher, wirtschaftlicher, gesundheitlicher und erzieherischer Hinsicht einwandfrei gehalten werden. Ende März 1960 wurden 245 von der Aufsicht befreite Pflegekinder gezählt. Ihr Maximum hatte diese Zahl am 31. März 1954 mit 486.

Vormundschaftswesen

Vormundschaft ist die unentgeltlich zu leistende gesetzliche Fürsorge für eine Person, der die volle Geschäftsfähigkeit fehlt. Ein Minderjähriger erhält einen Vormund, wenn er keine Eltern mehr hat, wenn die Eltern die elterliche Gewalt verwirkt haben oder wenn er unehelich ist. Ein Volljähriger bekommt einen Vormund, wenn er entmündigt wird. Man unterscheidet Einzel-, Amts- und Anstaltsvormundschaften. Im ersten Fall wird eine natürliche Person zum Vormund bestellt. Bei der Amtsvormundschaft ist das Jugendamt Vormund und bei der Anstalts- und Vereinsvormundschaft die Vorstände staatlich verwalteter Anstalten, öffentlicher Körperschaften oder vom Landesjugendamt für geeignet erklärter privater Anstalten und Vereine. Der Vormund hat das Recht und die Pflicht, für Person und Vermögen des Mündels zu sorgen und den Mündel zu vertreten.

Die Amtsvormundschaft entsteht kraft Gesetzes bei der Geburt eines unehelichen Kindes, sie kann aber auch bei ehelichen Kindern vom Vormundschaftsgericht bestellt werden, sofern kein anderer geeigneter Vormund vorhanden ist. Wenn es für den Mündel förderlich erscheint, kann eine bestehende Amtsvormundschaft in eine Einzelvormundschaft übergeleitet werden. Demnach endet die Amtsvormundschaft entweder mit der Volljährigkeit oder dem Tod des Mündels oder durch die Bestellung eines Einzelvormunds.

Tab. 1 Die Tätigkeit der Jugendämter im Vormundschaftswesen

31. März	Anzahl der Minderjährigen unter			
	Amtsvormundschaft		Ampfleg- und Amtsbeistands- schaft	Einzel- vormund- schaft
	gesetz- liche	be- stellte		
1952	29 743	2 024	3 415	37 863
1953	28 810	2 137	3 488	39 653
1954	27 953	2 154	3 687	34 469
1955	26 978	2 116	3 447	30 976
1956	26 607	2 035	3 402	29 985
1957	26 573	2 010	3 281	30 095
1958	26 623	2 010	3 245	31 584
1959	26 641	1 988	3 304	30 838
1960	26 931	2 100	3 409	28 648

Der Amtsvormundschaft der schleswig-holsteinischen Jugendämter unterstanden am 31. März 1960 insgesamt 29 000 Minderjährige; in 93% aller Fälle waren die Amtsvormundschaften kraft Gesetzes bei der Geburt eines unehelichen Kindes entstanden, in den restlichen 7% waren sie vom Vormundschaftsgericht angeordnet worden. Es gilt zu beachten, daß die unter Pflegeaufsicht stehenden unehelichen Kinder in der Zahl der unter Amtsvormundschaft stehenden Kinder enthalten sind. In den fünf Jahren von März 1952 bis März 1957 hat die Zahl der Amtsvormundschaften ständig - insgesamt um reichlich ein Zehntel - abgenommen. Seit 1958 ist eine steigende Tendenz zu beobachten, Schon im März 1960 wurde wieder der Bestand von März 1955 erreicht. Die Zahl der minderjährigen Einwohner hat sich in der Zeit von 1952 bis heute dauernd vermindert. Die Abnahme machte von Ende 1951 bis Ende 1957 gut 14% und bis Ende 1960 bereits 16% aus; sie war mithin auf jeden Fall merklich ausgeprägter als die Verminderung der Amtsvormundschaften. 1952 entfielen in Schleswig-Holstein auf tausend minderjährige Einwohner 37 Amtsmündel, 1960 hingegen 40. Worin die relative Vermehrung der Amtsvormundschaften begründet ist, kann aus den statistischen Unterlagen leider nicht abgeleitet werden. - Schleswig-Holstein liegt mit der Zahl der Amtsvormundschaften je tausend minderjährige Einwohner merklich über dem Bundesdurchschnitt. Ende März 1959 betrug diese Beziehungszahl im Bund 36, in unserem Land dagegen immerhin 39.

Vereins- und Anstaltsvormundschaften sind verhältnismäßig selten. Im März 1960 wurden nur 17 in Schleswig-Holstein gezählt. Am 31. März 1952 und 1954 gab es gar keine, 1957 wurde mit 27 der bisherige Höchststand festgestellt.

Es kommt vor, daß sich ein Einzelvormund zur Übernahme der Vormundschaft nicht bereit findet, weil er sich der Vermögensverwaltung oder eines Unterhaltsprozesses nicht gewachsen fühlt. In diesen und anderen Fällen kann das Jugendamt zum Mitvormund, Pfleger oder Beistand bestellt und damit der Weg zur Übernahme der Einzelvormundschaft freigemacht werden. - Ende März 1960 wurden in Schleswig-Holstein 3 400 Amtspfleg- und -beistandsschaften registriert. In der Zeit von 1952 bis 1960 bewegte sich diese Zahl zwischen 3 200 und 3 700; am höchsten war sie im März 1954 und am niedrigsten im März 1958.

In seiner Eigenschaft als Gemeindewaisenrat steht das Jugendamt dem Vormundschaftsgericht als unterstützendes Hilfsorgan zur Seite. Es nimmt dabei die Stellung einer Mittelinstanz zwischen Vormundschaftsgericht und Vormund ein. So hat das Jugendamt dem Vormundschaftsgericht anzuzeigen, wenn es von einem Fall hört, in dem ein Vormund, Gegenvormund oder Pfleger zu bestellen ist. Hierbei soll es gleich die geeigneten Personen vorschlagen. Es hat ferner die Aufgabe, die Vormünder der sich in seinem Bezirk aufhaltenden Mündel zu überwachen und für die Erziehung und die einwandfreie Pflege der Mündel zu sorgen. Zu diesem Zweck ist das Jugendamt berechtigt, die Mündel zu besuchen. Auf Verlangen muß das Jugendamt dem Vormundschaftsgericht über das persönliche Ergehen und Verhalten der Mündel Auskunft erteilen. Es muß überdies dem Vormundschaftsgericht melden, wenn ein Fall eintritt, in dem jenes zum Einschreiten berufen ist.

Ende März 1960 gab es in Schleswig-Holstein knapp 29 000 Einzelvormundschaften. In den acht Jahren von 1952 bis 1960 hat sich diese Zahl um rund ein Viertel vermindert. Im März 1952 kamen auf tausend minderjährige Einwohner 44 Einzelvormundschaften, im März 1960 hingegen nur noch 40. In Schleswig-Holstein bestehen überdurchschnittlich viel Einzelvormundschaften. So entfielen am 31. März 1959 im Bundesgebiet auf tausend minderjährige Einwohner nur 28 Einzelvormundschaften, während es in unserem Land 42 waren.

Weitere Tätigkeitszweige

Zu den Aufgaben, die dem Jugendamt in seiner Eigenschaft als Wahrer der Rechte des vaterlosen Kindes zufallen, zählen auch die Vaterschaftsfeststellungen. Im Rechnungsjahr 1959 wurden in Schleswig-Holstein 3 400

Fälle erledigt, sieben Zehntel davon durch Anerkennung oder erfolgreiche Klage sowie 10% durch Legitimation und Ehelichkeitserklärung. In 7% der Fälle war entweder der Vater nicht festzustellen oder heranzuziehen oder wurde die Klage zurückgenommen. Am Ende des Rechnungsjahres lagen noch 1 600 unerledigte Fälle bei den Jugendämtern. In der Zeit von 1951 bis 1959 hat die Zahl der Vaterschaftsfeststellungen um 46% abgenommen.

Wenn ein Kind unter 14 Jahren adoptiert wird, bedarf der durch den gesetzlichen Vertreter abgeschlossene Kindesannahmevertrag der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Das gleiche gilt für 7- bis 21jährige, die mit Zustimmung der Eltern und des gesetzlichen Vertreters den Annahmevertrag selbst schließen. In beiden Fällen ist das Jugendamt vor Erteilung der vormundschaftlichen Genehmigung zu hören. Es wird vor Abgabe seines Gutachtens die wirtschaftliche Lage, den Leumund und die Einstellung der zukünftigen Adoptiveltern zum Kind zu prüfen haben. Die Adoptivverträge werden überwiegend durch die Jugendämter vorbereitet und vorgelegt; in ihren Händen liegt auch die Adoptionsvermittlung. Neben den Jugendämtern dürfen lediglich die Caritas, die Innere Mission und die Arbeiterwohlfahrt sowie für geeignet erklärte Fachverbände Adoptionen vermitteln. Im Rechnungsjahr 1959 wurden unter Mitwirkung der Jugendämter in Schleswig-Holstein 256 Adoptionen abgeschlossen. In 18 Fällen waren die Adoptiveltern Ausländer. Am Ende des Rechnungsjahres waren 200 Minderjährige zur Adoption vorgemerkt und 73 Adoptivstellen vorhanden, für die noch kein Minderjähriger vorgeschlagen werden konnte. In den neun Jahren von 1951 bis 1959 schwankte die Zahl der unter Mitwirkung der Jugendämter abgeschlossenen Adoptionen zwischen 231 und 315.

Ein Minderjähriger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, kann durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts für volljährig erklärt werden. Dies soll aber nur dann geschehen,

Tab. 2 Weitere Tätigkeiten der Jugendämter

	Im Rechnungsjahr ... erledigte					
	Vaterschaftsfeststellungen	Mitwirkung bei		Stellungen bei Ehescheidungen	Anträge auf Sorgerechtsentziehung	Fälle in der Jugendgerichtshilfe
		Adoptionen	Volljährigkeitserklärungen			
1951	6 285	314	718	5 065	724	3 186
1952	5 913	315	573	3 594	1 204	2 418
1953	5 523	301	553	3 709	1 450	2 862
1954	4 478	231	579	3 541	1 586	2 078
1955	4 562	304	2 327	3 773	2 155	5 111
1956	4 197	277	766	3 409	1 554	6 241
1957	3 620	239	916	3 714	1 493	5 601
1958	3 476	268	1 032	3 493	1 341	6 349
1959	3 399	256	1 204	3 215	1 244	6 953

wenn es das "Beste des Minderjährigen" fördert. Das Jugendamt hat sich neben den anzuhehenden Verwandten dazu zu äußern, ob die Voraussetzungen hierzu gegeben sind. Hierbei ist die bloße Tatsache der schwangeren Braut und die beabsichtigte Eheschließung noch kein hinreichender Grund für die Volljährigkeitserklärung. Der Minderjährige muß daneben über eine gewisse sittliche Reife, über ein ausreichendes Einkommen und entsprechende Wohnräume verfügen. Im Rechnungsjahr 1959 haben die schleswig-holsteinischen Jugendämter auf gerichtliches Ersuchen 1 200 Volljährigkeitserklärungen überprüft. 1953 war die geringste und 1955 die größte Anzahl bearbeitet worden.

Bei einer Ehescheidung bestimmt das Vormundschaftsgericht, welchem von den Eltern die Sorge für die Person der Kinder aus der geschiedenen Ehe zustehen soll. Das Jugendamt hat die Sorgerechtsentscheidung vorzubereiten, indem es die wirtschaftlichen und Wohnverhältnisse der Ehegatten überprüft sowie ihre erzieherischen Qualitäten beurteilt. Im Rechnungsjahr 1959 gaben die Jugendämter unseres Landes insgesamt 3 200 Stellungnahmen zu Sorgerechtsentscheidungen ab. In der Zeit von 1951 bis 1959 hat sich diese Zahl um 37% verringert. Außer der Entscheidung über das Sorgerecht regelt das Vormundschaftsgericht, ob und wie oft der nicht sorgeberechtigte geschiedene Ehegatte seine Kinder besuchen darf. Auch hierbei wird das Jugendamt eingeschaltet. 1959 wurden von den Jugendämtern in Schleswig-Holstein 249 solcher Stellungnahmen geliefert. In den neun Jahren von 1951 bis 1959 bewegte sich diese Zahl zwischen 242 und 426.

Mißbrauchen die Eltern das Personensorgerecht oder vernachlässigen sie das Kind, so kann ihnen das Sorgerecht vom Vormundschaftsgericht entzogen, das Kind auch in einer geeigneten Familie untergebracht werden. Solche Maßnahmen dürfen nur nach Anhörung des Jugendamtes getroffen werden. Im Rechnungsjahr 1959 erledigten die Jugendämter 1 240 Anträge auf Sorgerechtsentziehung.

Die Jugendgerichtshilfe wird von den Jugendämtern im Zusammenwirken mit den Jugendwohlfahrtsverbänden ausgeübt. Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe bringen die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Gesichtspunkte im Verfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung. Sie müssen sich hierzu ein Bild von der Persönlichkeit und dem Milieu des Beschuldigten machen und sich zu den Maßnahmen äußern, die zu ergreifen sind. Soweit nicht ein Bewährungshelfer dazu berufen ist, wachen sie darüber, daß der Jugendliche Weisungen und besonderen Pflichten nachkommt. Im Rechnungsjahr 1959 betreuten die Jugend-

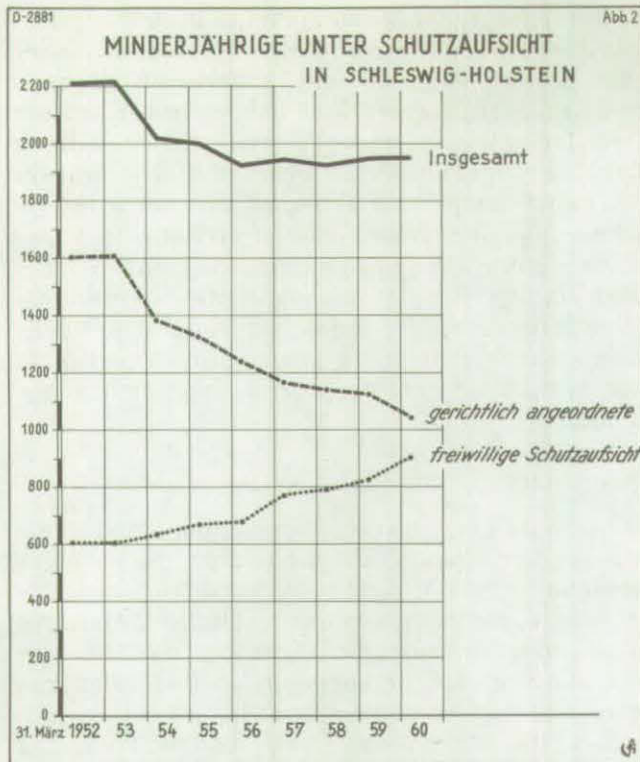
ämter rund 7 000 Minderjährige in der Jugendgerichtshilfe. Fast neun Zehntel dieser Minderjährigen waren männlich, andererseits waren zwei Fünftel jünger als 18 Jahre. In den letzten fünf Jahren wurden bedeutend mehr Fälle in der Jugendgerichtshilfe bearbeitet als früher. So belief sich zum Beispiel die Zahl der im Rechnungsjahr 1959 erledigten Fälle auf das 3,3fache der 1954 abgeschlossenen Fälle. - Bei Maßnahmen der Bewährungshilfe wirkten die Jugendämter des Landes während des Rechnungsjahres 1959 in 56 Fällen mit. Diese Zahl hat gegenüber den Vorjahren erheblich abgenommen.

Schutzaufsicht und formlose Betreuung

Schutzaufsicht, Fürsorgeerziehung und freiwillige Erziehungshilfe sind nicht die einzigen erzieherischen Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe, zu ihnen gehören auch die Weisungen nach dem Jugendgerichtsgesetz, die die Lebensführung des gefährdeten Jugendlichen regeln und dadurch seine Erziehung fördern sollen, z. B. das Alkohol- und Rauchverbot, das Verbot, Gastwirtschaften und Filmtheater zu besuchen, das Gebot, eine bestimmte Lehrstelle anzunehmen oder in einem bestimmten Heim zu wohnen, sowie eine Reihe von Ermahnungen, Belehrungen und Auflagen.

Die Schutzaufsicht beläßt den Minderjährigen in der Familie und ergänzt lediglich die nicht ausreichende häusliche Erziehung, während die Fürsorgeerziehung und freiwillige Erziehungshilfe den Minderjährigen in der Regel aus seiner Familie entfernt und in einem Erziehungsheim oder in einer anderen Familie unterbringt.

Die Schutzaufsicht wird vom Vormundschaftsgericht als Erziehungsaufsicht angeordnet oder vom Jugendgericht als Erziehungsmaßregel verhängt. Die sogenannte freiwillige Schutzaufsicht kann das Jugendamt ohne gerichtliche Anordnung ausüben, wenn die Eltern von vornherein mit ihr einverstanden sind. Die Schutzaufsicht besteht in dem Schutz und in der Überwachung eines Minderjährigen zur Verhütung seiner körperlichen, geistigen oder sittlichen Verwahrlosung. Der Schutz umfaßt alle Maßnahmen, die die Entwicklung des Minderjährigen fördern, ihn vor den Gefahren einer ungünstigen Beeinflussung hüten sowie Erziehungsfehler ausgleichen und wiedergutmachen sollen. Die Überwachung erstreckt sich auf die Lebensführung und den Umgang des Minderjährigen. Die Schutzaufsicht wird von einem Helfer ausgeübt; das kann eine Einzelperson, das Jugendamt oder eine freie Vereinigung der Jugendwohlfahrt sein. Der Helfer kann beobachten, beraten, belehren und unterstützen; entscheiden und anweisen darf er weder die Erziehungsberechtigten noch den Minderjährigen. Er kann lediglich dem



Vormundschaftsgericht berichten, das dann das Weitere zu veranlassen hat.

In Schleswig-Holstein standen am 31. März 1960 knapp 2 000 Minderjährige unter Schutzaufsicht; in 54% der Fälle war die Schutzaufsicht gerichtlich angeordnet, bei den restlichen 46% handelte es sich um die sogenannte freiwillige Schutzaufsicht, die die Jugendämter ohne gerichtliche Anordnung ausüben. In den letzten acht Jahren hat sich die Zahl der unter gerichtlich angeordneter Schutzaufsicht stehenden Minderjährigen ständig verringert, insgesamt um ein Drittel. Der Bestand der Minderjährigen unter freiwilliger Schutzaufsicht hat sich dagegen in der gleichen Zeit um die Hälfte vergrößert. Die Eltern gefährdeter Jugendlicher haben demnach in zunehmendem Maße davon Gebrauch gemacht, ihre Kinder freiwillig unter die Schutzaufsicht des Jugendamtes zu stellen. 1952 waren von 100 beaufsichtigten Minderjährigen nur 27, 1960 aber schon 46 freiwillig dem Schutz des Jugendamtes anvertraut. Im gesamten Bundesgebiet ist diese Entwicklung weiter fortgeschritten, dort waren 1959 bereits 58% der unter Schutzaufsicht stehenden Minderjährigen freiwillig unter die Obhut des Jugendamtes gekommen.

Außerhalb der Schutzaufsicht wurden Ende März 1960 ferner 9 600 Minderjährige wegen zerrütteter Familienverhältnisse oder Schwierigkeiten bei ihrer Erziehung von den Jugendämtern des Landes regelmäßig oder für längere Zeit formlos betreut. Auf tausend minderjährige Einwohner kamen im März 1959 in Schleswig-Holstein 13 und im Bund 18 gefährdete Jugendliche unter formloser Betreuung.

Fürsorgeerziehung und freiwillige Erziehungshilfe

Die Fürsorgeerziehung ist die einschneidendste Maßnahme der öffentlichen Jugendhilfe. Häufig wird sie gegen den Willen der Erziehungsberechtigten angeordnet. Sie wird in geeigneten Familien oder Erziehungsanstalten unter öffentlicher Aufsicht und auf öffentliche Kosten durchgeführt. Als letzte und schärfste Maßnahme wird sie nur angewendet, wenn die anderen Erziehungsmittel wie z. B. Schutzaufsicht oder freiwillige Erziehungshilfe erschöpft sind. Ihr Ziel ist, die Verwahrlosung des Zöglings zu verhüten oder zu beseitigen. Die Verwahrlosung kann körperlicher, geistiger und sittlicher Art sein. Am häufigsten dürfte die sittliche Verwahrlosung vorkommen. Hierbei werden ständiges Lügen, hartnäckiger Ungehorsam in wichtigen Angelegenheiten, fortwährender Gebrauch unzüchtiger Redensarten ebenso als Zeichen einer Abweichung von der sittlichen Norm angesehen wie Eigentumsdelikte oder Sexualverbrechen.

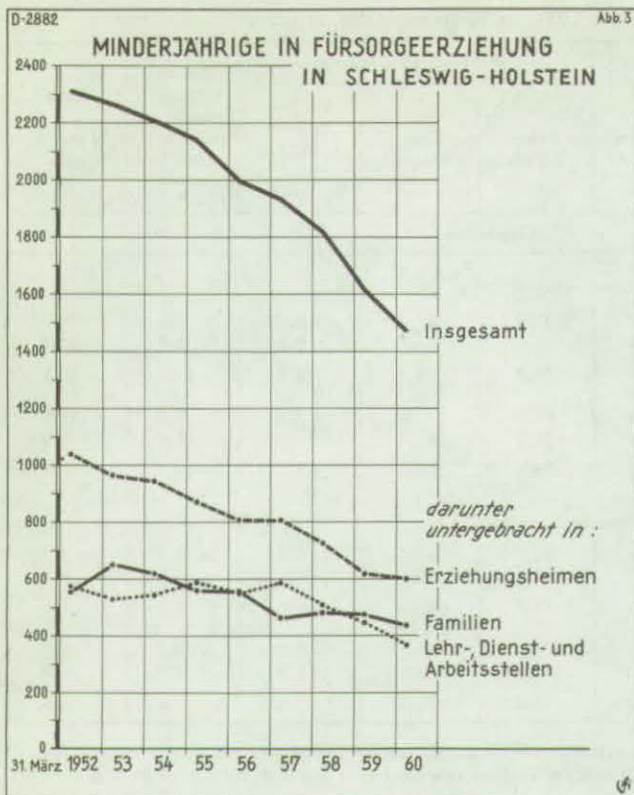
Die Fürsorgeerziehung wird durch Beschluß des Vormundschaftsgerichts oder durch Urteil des Jugendgerichts in der Regel nur für Minderjährige bis zu 18 Jahren, in Ausnahmefällen auch bis zu 19 Jahren angeordnet. Vor der Beschlußfassung muß auf jeden Fall das Jugendamt, aber nach Möglichkeit sollen auch der Minderjährige, seine Eltern und sein gesetzlicher Vertreter gehört werden.

Neben der endgültigen gibt es noch die sogenannte vorläufige Fürsorgeerziehung. Sie wird bei Gefahr im Verzuge angeordnet, außerdem, um zu prüfen, ob die Fürsorgeerziehung im jeweiligen Fall Aussicht auf Erfolg bietet. Die endgültige Fürsorgeerziehung darf nämlich nicht angewendet werden, wenn sie offensichtlich erfolglos erscheint.

Ende März 1960 standen in Schleswig-Holstein knapp 1 500 Minderjährige in Fürsorgeerziehung, davon waren 15% vorläufig und 85% endgültig eingewiesen worden. Im Rechnungsjahr 1959 erhöhte sich die Zahl der Minderjährigen in vorläufiger Fürsorgeerziehung um 6%, während die der in endgültiger Fürsorgeerziehung stehenden um 11% abnahm. Zwei Drittel aller Fürsorgezöglinge waren Jungen. In der Zeit von 1952 bis 1960 schwankte der Anteil der männlichen Zöglinge zwischen 62% und 66%. Von 100 Fürsorgezöglingen waren Ende März 1960

- 41 in Erziehungsheimen,
- 30 in Familien,
- 25 in Lehr-, Dienst- und Arbeitsstellen,
- 3 in sonstigen Heimen oder Stellen,
- 1 noch nicht

untergebracht. Seit 1952 hat sich die Zahl der Fürsorgezöglinge erheblich vermindert. Der



Rückgang bis März 1960 betrug immerhin 37%, bei den in Erziehungsheimen untergebrachten Jugendlichen machte er sogar 42% aus.

Die Freiwillige Erziehungshilfe wurde erst 1957 mit dem Landesgesetz über die

Ausführung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes in Schleswig-Holstein eingerichtet. Auf Antrag der Eltern können Minderjährige in die Freiwillige Erziehungshilfe übernommen werden, wenn die Eltern sich der Erziehung nicht gewachsen fühlen und eine Verwahrlosung ohne öffentliche Erziehungshilfe nicht zu verhüten ist. In Schleswig-Holstein werden die in die Freiwillige Erziehungshilfe übernommenen Jugendlichen in privaten Heimen, in Heimen der freien Wohlfahrtsverbände oder in Pflegefamilien untergebracht. Sie kommen auf diese Weise nicht mit den zum Teil schon verwahrlosten Fürsorgezöglingen, die in den Landesjugendheimen untergebracht sind, in Berührung. Am 31. März 1960 befanden sich in Schleswig-Holstein 217 Jugendliche in Freiwilliger Erziehungshilfe, fast drei Viertel davon waren männlich. Ende März 1959 wurden nur 140 Minderjährige gezählt, das war die erste Bestandsangabe über die Fälle in der Freiwilligen Erziehungshilfe in unserem Land.

Dr. Enno Heeren

Der Verfasser dankt dem Landesjugendamt Schleswig-Holstein für wertvolle Ergänzungs- und Verbesserungsvorschläge. – Die einführenden Erklärungen zu den einzelnen Tätigkeitszweigen lehnen sich teilweise an die umfangreichen Ausführungen im Kommentar zum Jugendwohlfahrtsgesetz von Gerhard Potrykus, München und Berlin 1953.

Vergleiche auch: "Die öffentliche Jugendhilfe in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1960, S. 23 (Januar) und "Die öffentliche Jugendhilfe im Rechnungsjahr 1958" in Wirtschaft und Statistik 1959, S. 683 (Dezember)

Die Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein 1958 und 1959

Landesergebnisse

Schleswig-Holstein hatte Ende 1959 rund 2 290 000 Einwohner, davon waren 1 076 000 Personen männlichen und 1 214 000 Personen weiblichen Geschlechts. Zu demselben Zeitpunkt wurden in Schleswig-Holstein 641 000 Vertriebene gezählt. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug 28%.

Die sich seit Ende 1949 zeigende Abnahme der Bevölkerung ist seit Anfang 1957 beendet. Im Laufe des Jahres 1957 nahm die Bevölkerung bereits um 13 000 Personen, 1958 um 11 000 Personen und 1959 um 14 000 Personen zu. Auch die Zahl der Vertriebenen wuchs in dieser Zeit, jedoch wesentlich geringer als die der Gesamtbevölkerung. Ende 1958 wurden 2 700 Vertriebene mehr als zu Beginn des Jahres gezählt, Ende 1959 waren es 800 mehr als am Jahresanfang.

Die Zunahme der Einwohnerzahl setzt sich 1958 aus einem Geburtenüberschuß von 8 300 und

einem Wanderungsgewinn von 3 100 Personen zusammen, 1959 aus einem Geburtenüberschuß von 10 600 und einem Wanderungsgewinn von 3 500 Personen.

Wie schon in den Vorjahren stieg die Zahl der Lebendgeborenen weiter an, 1958 wurden 34 400 Kinder und 1959 36 700 Kinder geboren. Die Zahl der Sterbefälle hielt sich 1958 und 1959 etwa konstant. In jedem Jahr starben 26 100 Personen. Der Geburtenüberschuß vergrößerte sich somit in diesen zwei Jahren weiter. Auch bei den Vertriebenen nahm die Zahl der Lebendgeborenen zu: 1958 wurden 9 100 Kinder und 1959 9 800 geboren. Die Zahl der Sterbefälle der Vertriebenen war in dieser Zeit, ähnlich wie bei der Gesamtbevölkerung, annähernd konstant. Es starben in den beiden Jahren 6 200 bzw. 6 400 Personen. Der Geburtenüberschuß betrug bei den Vertriebenen 1958 etwa 2 900 Personen und 1959 3 400 Personen.

Der Wanderungssaldo war in den zwei Jahren bei der Gesamtbevölkerung positiv, d. h. es

Tab. 1

Die Bevölkerungsentwicklung 1958 und 1959 in Schleswig-Holstein

Jahr	Geschlecht	Stand am Jahresanfang	Natürliche Bevölkerungsbewegung			Wanderungsbewegung ¹			Bevölkerungsveränderung insgesamt	Stand am Jahresende
			Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuß	Zugezogene	Fortgezogene	Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		
in 1 000 Personen										
Gesamtbevölkerung										
1958	männlich	1 059	17,8	13,4	+ 4,4	45,8	42,2	+ 3,6	+ 8,0	1 067
	weiblich	1 205	16,6	12,6	+ 4,0	32,5	33,0	- 0,5	+ 3,5	1 209
	insgesamt	2 264	34,4	26,1	+ 8,3	78,3	75,2	+ 3,1	+ 11,5	2 276
1959	männlich	1 067	18,9	13,5	+ 5,4	46,3	42,8	+ 3,5	+ 8,9	1 076
	weiblich	1 209	17,8	12,6	+ 5,2	32,0	32,0	-	+ 5,2	1 214
	insgesamt	2 276	36,7	26,1	+ 10,6	78,3	74,8	+ 3,5	+ 14,1	2 290
darunter Vertriebene ²										
1958	männlich	289	4,7	3,1	+ 1,6	12,0	11,6	+ 0,4	+ 2,1	291
	weiblich	349	4,4	3,1	+ 1,3	9,9	10,5	- 0,6	+ 0,7	350
	insgesamt	638	9,1	6,2	+ 2,9	21,9	22,0	- 0,2	+ 2,7	641
1959	männlich	291	4,9	3,2	+ 1,7	10,6	11,5	- 1,0	+ 0,8	292
	weiblich	350	4,9	3,2	+ 1,7	8,2	9,9	- 1,7	-	350
	insgesamt	641	9,8	6,4	+ 3,4	18,8	21,4	- 2,6	+ 0,8	641

1) Zu- und Fortzüge über die Landesgrenzen ohne Binnenwanderung 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder

zogen mehr Personen zu als fort. 1958 betrug der Wanderungsgewinn 3 100 Personen und 1959 3 500 Personen. Die Zahl der Zuzüge war 1958 und 1959 konstant; jährlich zogen 78 300 Personen zu. Die Fortzüge der Gesamtbevölkerung haben dagegen zur gleichen Zeit geringfügig abgenommen. 1958 sind 75 200 Personen und 1959 74 800 Personen fortgezogen. Bei den Vertriebenen ist ein Wanderungsverlust zu verzeichnen. 1958 sind von ihnen 200 Personen und 1959 2 600 Personen mehr fort- als zugezogen.

Die Entwicklung der Wohnbevölkerung nach Kreisen 1958 und 1959

Von Anfang 1958 bis Ende 1959 hat, wie bereits oben erwähnt, die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 25 500 Personen zugenommen. Alle Kreise sind jedoch an dieser Zunahme nicht beteiligt; 14 Kreise hatten steigende Bevölkerungszahlen - die Bevölkerung nahm hier um insgesamt rund 28 500 Personen (+ 1,6%) zu -, die übrigen 7 Kreise hatten Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen. Die Bevölkerung nahm hier um insgesamt rund 2 900 Personen (- 0,6%) ab.

Unter den Kreisen mit stärkerer absoluter Bevölkerungszunahme durch Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne befinden sich die kreisfreien Städte Kiel, Flensburg und Lübeck und die Landkreise Pinneberg, Stormarn, Rendsburg und Plön. Von den kreisfreien Städten hat Flensburg mit 3,1% die stärkste prozentuale und Kiel mit 4 900 Personen die stärkste absolute Zunahme der Wohnbevölkerung aufzuwei-

sen. Bei den Landkreisen heben sich besonders stark die Kreise des Hamburger Einzugsgebietes Pinneberg mit rund 6 600 Personen (3,2%) und Stormarn mit rund 4 700 Personen (3,5%) hervor. Auf beide Kreise entfallen 44% der gesamten Bevölkerungszunahme des Landes.

Bevölkerungsabnahmen sind in fast allen landwirtschaftlich strukturierten Kreisen des Landes zu erkennen. Insbesondere trifft dies für Süderdithmarschen (- 1,9%), Norderdithmarschen (- 1,2%) und Eiderstedt (- 1,1%) zu.

Geburtenüberschüsse haben 1958 und 1959 alle Kreise zu verzeichnen, so daß die unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerung vorwiegend auf Wanderungsvorgänge zurückzuführen ist. Den größten absoluten Geburtenüberschuß hatte der Landkreis Pinneberg mit fast 2 300 Personen (1,1%). Hohe Wanderungsgewinne hatten insbesondere die kreisfreien Städte Kiel und Flensburg und die Landkreise Pinneberg und Stormarn. Für Neumünster, Flensburg-Land, Husum, Plön und Südtondern ist die Feststellung interessant, daß sie im Jahre 1958 noch einen Überschuß an Zuwanderern hatten, während 1959 bereits die Fortzüge überwogen.

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen

Die Einordnung und der Vergleich der Einwohnerzahlen der Gemeinden nach Größenklassen haben das Ziel, zu zeigen, in welchem Umfang sich die Wohnbevölkerung in einem bestimmten Zeitraum in den kleineren und größeren Gemeinden verändert hat. Diese Veränderungen

Tab. 2

Die Bevölkerungsentwicklung 1957 bis 1959 in den Kreisen Schleswig-Holsteins

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung ¹ am 31. Dezember			Veränderungen vom 31.12.1957 bis 31.12.1959					
	1957	1958	1959	durch Geburtenüberschuß (+)		durch Wanderungsgewinne (+) bzw. -verluste (-)		Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-) überhaupt	
				in 1 000 Personen	in %	in 1 000 Personen	in %	in 1 000 Personen	in %
Flensburg	94	96	97	0,4	+ 0,5	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,1
Kiel	264	267	269	0,6	+ 0,2	+ 4,3	+ 1,6	+ 4,9	+ 1,9
Lübeck	230	231	231	1,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,4	+ 0,6
Neumünster	73	73	73	0,4	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6
Eckernförde	65	65	65	0,7	+ 1,0	- 0,4	- 0,6	+ 0,3	+ 0,4
Eiderstedt	19	19	19	0,2	+ 1,2	- 0,5	- 2,4	- 0,2	- 1,1
Eutin	89	89	89	0,5	+ 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,1	- 0,1
Flensburg-Land	62	63	63	1,0	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,8
Hzgt. Lauenburg	130	130	130	1,1	+ 0,9	- 0,8	- 0,6	+ 0,4	+ 0,3
Husum	61	62	62	1,0	+ 1,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,9	+ 1,5
Norderdithmarschen	59	58	58	0,5	+ 0,8	- 1,2	- 2,1	- 0,7	- 1,2
Oldenburg (Holstein)	77	77	78	0,6	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 1,1
Pinneberg	203	204	209	2,3	+ 1,1	+ 4,3	+ 2,1	+ 6,6	+ 3,2
Plön	107	108	108	1,3	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,3	+ 1,2
Rendsburg	154	155	156	1,7	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,2
Schleswig	98	98	98	0,5	+ 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 0,0
Segeberg	91	92	92	1,0	+ 1,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,9	+ 1,0
Steinburg	123	122	123	0,9	+ 0,7	- 0,9	- 0,7	- 0,1	- 0,1
Stormarn	134	136	139	1,6	+ 1,2	+ 3,1	+ 2,3	+ 4,7	+ 3,5
Süderdithmarschen	74	73	72	0,7	+ 1,0	- 2,1	- 2,9	- 1,4	- 1,9
Südtondern	58	59	58	0,9	+ 1,5	- 1,3	- 2,2	- 0,4	- 0,7
Schleswig-Holstein	2 264	2 276	2 290	19,0	+ 0,8	+ 6,6	+ 0,3	+ 25,5	+ 1,1

1) nach dem Gebietsstand vom 31.12.1959

lassen sich auf zwei Wegen darstellen. In der ersten Betrachtungsweise werden alle Gemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl an einem bestimmten Stichtag einer Gemeindegrößenklasse zugeordnet; so gehört z. B. eine Gemeinde mit 1 800 Einwohnern am Stichtag 30. 6. 1957 zur Gemeindegrößenklasse "1 000 bis unter 2 000 Einwohner". An den Vergleichstagen der folgenden Jahre bleibt diese Gemeinde dann immer in derselben Größenklasse, unabhängig davon, wie sich ihre Bevölkerungszahl verändert hat, z. B. auch dann, wenn sie die 2 000 Einwohner-Grenze überschritten hat. Bei der zweiten Betrachtungsweise wird jede Gemeinde an den Vergleichstagen entsprechend ihrer jeweiligen Bevölkerungszahl einer Größenklasse neu zugeordnet; z. B. wird eine Gemeinde mit 1 800 Einwohnern im ersten Jahr der Gemeindegrößenklasse "1 000 bis unter 2 000 Einwohner" zugewiesen. Wenn die Bevölkerungszahl dieser Gemeinde bis zum Vergleichstag des darauffolgenden Jahres z. B. auf über 2 000 Einwohner angewachsen ist, dann wird diese Gemeinde in die nächst größere Gemeindegrößenklasse "2 000 bis unter 3 000 Einwohner" übernommen. Während nach der ersten Betrachtungsweise die Zahl der Gemeinden in den einzelnen Gemeindegrößenklassen gleich bleibt, kann sie sich nach der zweiten Methode in den einzelnen Größenklassen ändern.

Nach der ersten Methode (Tabelle 3a), bei der die Gemeinden entsprechend ihrer Größe am 25. 9. 1956 einer Größenklasse zugeordnet wur-

den und in dieser stets blieben, zeigt sich, daß die Bevölkerung der Gemeinden unter 2 000 Einwohner von 1957 bis 1959 abgenommen und die Bevölkerung der Gemeinden mit 2 000 und mehr Einwohnern von Jahr zu Jahr zugenommen hat. Dabei haben die Gemeinden der Größenklasse "unter 500 Einwohner" die größten Bevölkerungsabnahmen zu verzeichnen. In dieser Größenklasse nahm die Wohnbevölkerung vom Stichtag 1957 bis zum Stichtag 1959 um 5 900 Personen (- 2,8%) ab. Die Bevölkerungszahl wuchs

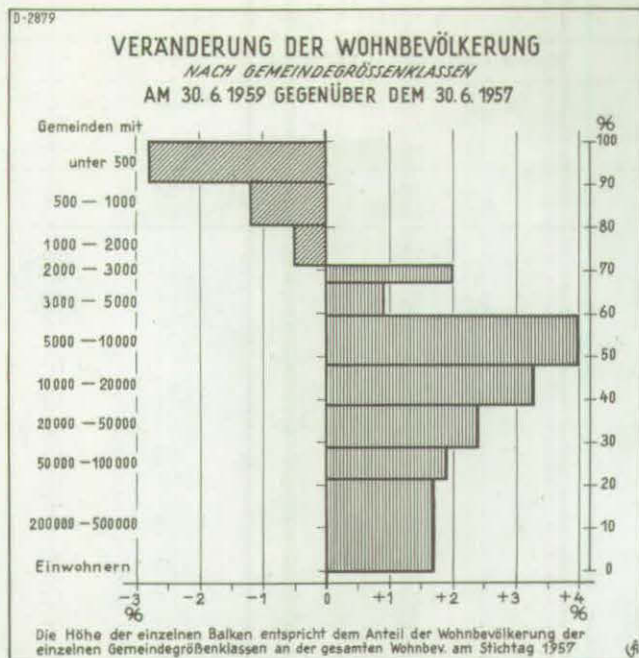
Tab. 3a Die Veränderung der Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins 1957 bis 1959 nach Gemeindegrößenklassen
- Einordnung der Gemeinden¹
nach ihrer Einwohnerzahl am 25.9.1956 -

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Zahl der Gemein- den ¹	Wohnbevölkerung am 30.6.		Veränderung der Wohn- bevölkerung vom 30.6.1957 bis 30.6.1959	
		1957	1959		
		in 1 000 Personen		in %	
unter 500 ²	769	209,0	203,1	- 5,9	- 2,8
500 - 1 000	330	229,0	226,2	- 2,8	- 1,2
1 000 - 2 000	156	208,8	207,8	- 1,0	- 0,5
2 000 - 3 000	35	85,9	87,6	+ 1,7	+ 2,0
3 000 - 5 000	44	173,6	175,2	+ 1,6	+ 0,9
5 000 - 10 000	36	262,9	273,5	+ 10,6	+ 4,0
10 000 - 20 000	14	205,3	212,0	+ 6,7	+ 3,3
20 000 - 50 000	8	224,8	230,2	+ 5,4	+ 2,4
50 000 - 100 000	2	165,9	169,2	+ 3,2	+ 1,9
200 000 - 500 000	2	491,6	499,7	+ 8,1	+ 1,7
Insgesamt	1 396	2 256,8	2 284,6	+ 27,8	+ 1,2

1) Gebietsstand der Gemeinden am 31.3.1960

2) einschl. der

Forstgutsbezirke Buchholz und Sachsenwald



am stärksten in der Gemeindegrößenklasse "5 000 bis unter 10 000 Einwohner". Hier nahm in den zwei Jahren die Wohnbevölkerung um 10 600 Personen (+ 4%) zu. Eine stärkere Bevölkerungszunahme haben in dieser Größenklasse besonders die Gemeinden Garstedt, Scheenefeld, Groß Hansdorf und Harksheide aufzuweisen.

Vergleichen wir jetzt die Wohnbevölkerung der einzelnen Gemeindegrößenklassen nach der zweiten Methode (Tabelle 3b). Die Zuordnung der Gemeinden in eine Größenklasse erfolgte jeweils am Stichtag 30. 6. der Jahre 1957 und 1959. Es zeigt sich, daß nach dieser Darstellung die Wohnbevölkerung in den Größenklassen

Tab. 3b Die Veränderung der Wohnbevölkerung und Gemeinden Schleswig-Holsteins 1957 bis 1959 nach Gemeindegrößenklassen
- Einordnung der Gemeinden¹ nach ihrer Einwohnerzahl am jeweiligen Stichtag -

Gemeinden mit ... bis unter ... Einwohnern	Zahl der Gemeinden ¹ am 30. 6.		Wohnbevölkerung am 30. 6.		Veränderung der Wohnbevölkerung vom 30. 6. 1957 bis 30. 6. 1959	
	1957	1959	1957	1959		
			in 1 000 Personen		in %	
unter 500 ²	782	799	215,3	216,4	+ 1,1	+ 0,5
500 - 1 000	323	312	228,3	221,8	- 6,5	- 2,9
1 000 - 2 000	152	148	204,0	200,4	- 3,5	- 1,7
2 000 - 3 000	34	34	81,0	84,5	+ 3,5	+ 4,3
3 000 - 5 000	45	43	172,6	168,7	- 3,9	- 2,3
5 000 - 10 000	37	35	270,8	260,6	- 10,2	- 3,8
10 000 - 20 000	13	15	185,1	210,6	+ 25,5	+ 13,8
20 000 - 50 000	9	9	245,0	252,6	+ 7,6	+ 3,1
50 000 - 100 000	2	2	165,9	169,2	+ 3,2	+ 1,9
200 000 - 500 000	2	2	488,7	499,7	+ 11,0	+ 2,3
Insgesamt	1 399	1 399	2 256,8	2 284,6	+ 27,8	+ 1,2

1) Gebietsstand der Gemeinden wie am Stichtag 2) einschl. der Forstgutsbezirke Buchholz und Sachsenwald

"unter 500 Einwohner, 2 000 bis unter 3 000 Einwohner" und in allen Größenklassen "10 000 und mehr Einwohner" insgesamt zugenommen hatte. Am größten war die Zunahme der Wohnbevölkerung in der Gemeindegrößenklasse "10 000 bis 20 000 Einwohner" mit 25 500 Personen (+ 13,8%). In den Größenklassen "500 bis unter 2 000" und "3 000 bis unter 10 000 Einwohner" nahm die Wohnbevölkerung ab.

Bei dieser Betrachtungsweise ist die Verschiebung der Zahl der Gemeinden in den einzelnen Größenklassen besonders interessant. In der Gemeindegrößenklasse "bis unter 500 Einwohner" hat die Zahl der Gemeinden um insgesamt 17 zugenommen. Diese Zunahme ist dadurch zu erklären, daß Gemeinden der höheren Größenklasse "500 bis unter 1 000 Einwohner" nunmehr auf Grund ihres Bevölkerungsverlustes in die kleine Größenklasse gehören. Da jetzt mehr Gemeinden zur kleinsten Größenklasse "bis unter 500 Einwohner" zählen, hat die Wohnbevölkerung hier um insgesamt 1 100 Personen (+ 0,5%) zugenommen. Die durchschnittliche Bevölkerungszahl je Gemeinde ging jedoch in dieser Größenklasse von 275 auf 271 Personen zurück.

Der Altersaufbau der Wohnbevölkerung¹

Der Anteil der männlichen Personen an der Gesamtbevölkerung betrug 1958 46,9% und 1959 47,0%; bei der Volkszählung 1950 betrug er nur 46,6%. Ein Vergleich der Anteile beider Geschlechter an der Gesamtbevölkerung läßt erkennen, daß der männliche Anteil in den letzten fünf Jahren stetig zunahm. Diese Zunahme erklärt sich zum Teil aus einem geringfügigen Überwiegen der Zahl der männlichen Geborenen, d. h. 1959 entfielen z. B. auf 100 geborene Mädchen 106 Knaben. Der männliche Anteil nahm insbesondere aber dadurch zu, daß der Wanderungssaldo (Zuzüge abzüglich Fortzüge) bei den Männern in den letzten drei Jahren positiv und bei den Frauen negativ war. In den Jahren davor hatten auch die Männer Wanderungsverluste, sie waren aber kleiner als die der Frauen. Die Wanderungsverluste der Frauen verringerten sich von Jahr zu Jahr. 1959 waren bei ihnen erstmalig seit zehn Jahren die Zuzüge und Fortzüge fast ausgeglichen.

Das oben genannte Geschlechterverhältnis trifft nicht für alle Geburtsjahrgänge zu. Der Frauenüberschuß beginnt in beiden Berichtsjahren mit dem Geburtsjahrgang 1929 und ist dann auch bei den älteren Jahren zu erkennen.

Die jüngeren Altersgruppen, besonders die Geburtsjahrgänge 1945 bis 1956 sind, mit Ausnahme der Jahrgänge 1948 und 1949, bei beiden

1) siehe auch Graphik des Monats in diesem Heft

Geschlechtern relativ schwach besetzt. Als Ursache dafür sind die geringen Geburtenzahlen anzusehen. Diese sind u. a. darauf zurückzuführen, daß die Jahrgänge der Elterngeneration dieser Kinder besonders schwach besetzt sind. Es handelt sich hier im wesentlichen um die geburtenschwachen Jahrgänge 1923 bis 1933, von denen die Männer der Jahrgänge 1923 bis 1927 noch zusätzlich durch Kriegsverluste im zweiten Weltkrieg betroffen worden sind. Die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse nach 1945 und die Abwanderung der arbeitsfähigen Bevölkerung in andere Bundesländer bis etwa Anfang 1957 sind ebenfalls Ursachen für die geringen Geburtenzahlen und damit für die schwache Besetzung dieser Jahrgänge.

Vom Geburtsjahr 1956 ab steigt die Besetzung der einzelnen Jahrgänge wieder an. Diese Zunahme ist nicht nur auf Wanderungsgewinne bei diesen Jahrgängen zurückzuführen. Die Jahrgänge der Eltern (die Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre) dieser jüngsten Kinder sind außerdem im Verhältnis zu den übrigen besonders stark besetzt. Hier wirken sich die starken Geburtsjahrgänge vor dem 2. Weltkrieg aus.

Der Anteil der männlichen und weiblichen Personen über 65 Jahre hat sich in bezug auf das Geschlecht und auf die Gesamtbevölkerung nicht wesentlich verändert. In beiden Jahren beträgt der männliche Anteil 5,5% an der Gesamtbevölkerung und der weibliche Anteil 7,3% bzw. 7,5%.

Bundesvergleich

Die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland ohne Berlin betrug Ende 1959 etwa 53 049 000 Personen. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres nahm die Wohnbevölkerung um 1,1% zu, gegenüber dem Jahresende 1957 um + 2,4%. Von Ende 1950 bis Ende 1959 erhöhte sich die Bevölkerung um etwa 4,9 Mill. (+ 10,1%). Alle Länder der Bundesrepublik (ohne Berlin) sind 1959 an der Zunahme beteiligt. Schleswig-Holstein hatte 1959 gegenüber 1957

Tab. 4 Die Wohnbevölkerung in den Ländern des Bundesgebiets und in Berlin (West) 1957, 1958 und 1959

Land	Wohnbevölkerung am 31.12.			Veränderung der Wohnbevölkerung 31.12.1959 gegenüber 31.12.1957	
	1957	1958	1959		
	in 1 000 Personen		in %	in 1 000 Pers.	in %
Schleswig-Holstein	2 264	2 276	2 290	4,3	+ 26 + 1,1
Hamburg	1 787	1 808	1 824	3,4	+ 37 + 2,1
Niedersachsen	6 496	6 516	6 538	12,3	+ 42 + 0,7
Bremen	664	678	692	1,3	+ 28 + 4,1
Nordrhein-Westfalen	15 197	15 459	15 654	29,5	+ 457 + 3,0
Hessen	4 600	4 652	4 703	8,9	+ 103 + 2,2
Rheinland-Pfalz	3 314	3 355	3 377	6,4	+ 64 + 1,9
Baden-Württemberg	7 302	7 433	7 561	14,3	+ 259 + 3,5
Bayern	9 193	9 278	9 371	17,7	+ 178 + 1,9
Saarland	1 004	1 022	1 040	2,0	+ 36 + 3,6
Bundesgebiet ohne Berlin	51 821	52 475	53 049	100	+ 1 229 + 2,4
Berlin (West)	2 229	2 226	2 208	x	- 21 - 0,9
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	54 049	54 701	55 257	x	+ 1 208 + 2,2

mit 1,1% vor Niedersachsen die geringste, die Bundesländer Bremen und das Saarland mit 4,1% bzw. 3,6% die größte Zunahme der Wohnbevölkerung zu verzeichnen. Die absolut größte Zunahme der Wohnbevölkerung haben die Bundesländer Nordrhein-Westfalen mit rund 457 000 Personen (3,0%) und Baden-Württemberg mit rund 259 000 Personen (3,5%).

Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Wohnbevölkerung des Bundesgebietes beträgt 1959 4,3%. Damit ist Schleswig-Holstein vor Bremen, dem Saarland und Hamburg das viertkleinste Bundesland. Die größten Bundesländer sind Nordrhein-Westfalen mit rund 15 654 000 Personen (29,5% der Bevölkerung des Bundesgebietes) und Bayern mit rund 9 371 000 Personen (17,7%).

Dipl.-Volksw. Gorch Fock

Vergleiche auch: "Der Bevölkerungsstand Ende 1956 und Ende 1957" in Stat. Monatsh. S.-H. 1958, S. 299 (Dezember) und "Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1959" in Wirtschaft und Statistik 1960, S. 212 (April)

Die öffentliche Verschuldung am 31. März 1960

Die kommunale Verschuldung

Die kommunale Verschuldung ohne Kassenkredite erreichte in Schleswig-Holstein am 31.3.1960 564,3 Mill. DM. Sie stieg im Laufe eines Jahres um 64,0 Mill. DM oder 13%. Das ist die seit 1949 geringste Zuwachsquote.

Die Altschulden - unter diesen werden die bis 20.6.1948 entstandenen Schulden gerechnet -

spielten mit 2,7 Mill. DM keine Rolle. Auf ihre Darstellung wird im folgenden verzichtet, da ihre Aufgliederung sowohl nach Verwendungszweck als auch nach Gläubigern nicht möglich ist. Die Neuverschuldung - die seit dem 21.6.1948 aufgenommenen Inlandschulden - belief sich mithin auf 561,6 Mill. DM.

Verschuldet sind alle kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern, 97% der

Tab. 1

Die Neuverschuldung der Gemeinden (Gv.)¹ in Schleswig-Holstein

Zeit (Stand: 31. 3.)	Schulden insgesamt		darunter für			In Spalte 1 enthaltene Kredit- marktmittel	Anteil der Kreditmarktmittel an den Gesamtsschulden in %
			Wirt- schaftliche Unternehmen	Wohnungsba u und Wohnsiedlung	Wohngrundstücke des allgem. Grundvermögens, übriges allgem. Grundvermögen		
	Mill. DM	DM je Einwohner					
1951	75	29	11	4	1	9	31
1952	104	42	14	5	2	12	29
1953	142	58	18	6	2	19	32
1954	189	79	24	8	3	29	37
1955	251	108	29	9	6	37	34
1956	298	130	33	9	8	52	40
1957	355	158	39	10	6	71	45
1958	430	190	53	10	7	95	50
1959	497	219	61	10	9	116	53
1960	562	246	66	11	11	142	58

1) ohne Kassenkredite

Gemeinden mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern und 78% der Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern. Die Verschuldung der Ämter ist geringfügig; nur 30% von ihnen waren mit insgesamt 1,7 Mill. DM verschuldet.

Die Verschuldung ist durchschnittlich 125% höher als die in den Jahren 1932 und 1938. Je Einwohner gerechnet übersteigt die Verschuldung am 31. 3. 1960 die der Vorkriegszeit um durchschnittlich 56%. Dennoch kann nicht ohne weiteres von einer stärkeren "Überschuldung" gesprochen werden, da die gesamte Finanzsituation der Gemeinden sich gegenüber der

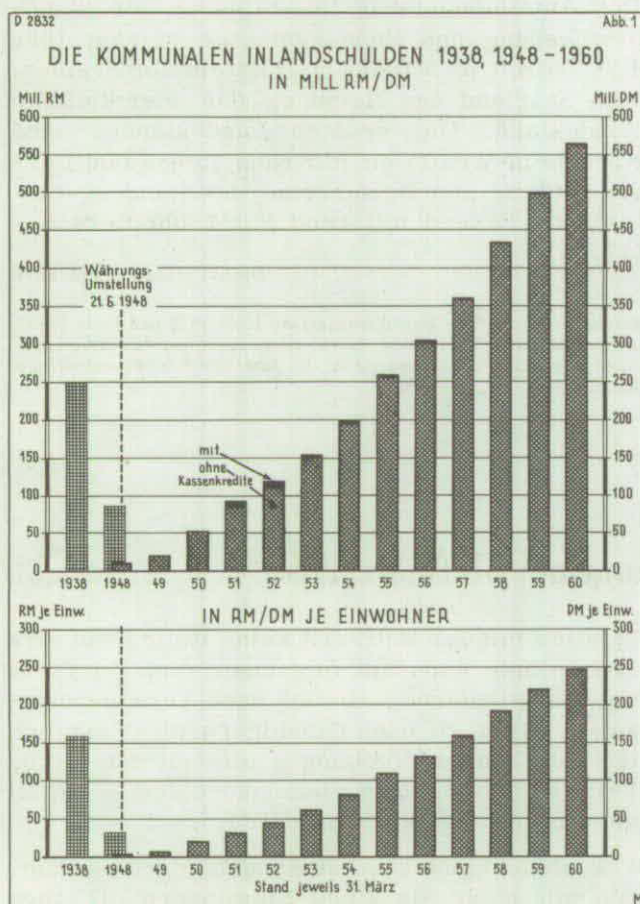
Vorkriegszeit grundsätzlich veränderte; einer unterschiedlichen Ausgaben- und Aufgabenverteilung steht ein höheres Steueraufkommen und ein intensiverer Finanzausgleich gegenüber; weiterhin ist die unterschiedliche Kaufkraft zwischen der Reichsmark vor dem Kriege und der Deutschen Mark im Jahre 1960 zu berücksichtigen. Für einen Vergleich mit der Vorkriegszeit müßten überdies die Unterschiede der Herkunft, der Verwendung und des Schuldendienstes der aufgenommenen Darlehen beachtet werden.

Bemerkenswert ist die in den letzten Jahren laufend größere Verschuldung auf dem Kreditmarkt. Auf sie entfallen Ende des Rechnungsjahres 1959/60 58% der gesamten Verschuldung; im Laufe des letzten Jahres erhöhten sich diese Darlehen überdurchschnittlich um 23%. Gläubiger sind in erster Linie die Sparkassen (92 Mill. DM) und die Girozentralen (88 Mill. DM). Auf diese beiden Darlehensgeber entfallen mehr als die Hälfte aller Kreditmarktmittel. Zusammen mit der Schuldenaufnahme bei sonstigen Kreditinstituten (79 Mill. DM) beläuft sich der Anteil auf 79%.

Auffällig hoch sind die kreisfreien Städte belastet; über zwei Drittel der von ihnen aufgenommenen Mittel sind Kreditmarktmittel.

Die Schulden bei Gebietskörperschaften sind zwar mit 161 Mill. DM noch beachtlich hoch, ihre Zuwachsquote im Rechnungsjahr 1959/60 ist jedoch relativ unbedeutend (2%). Noch am 31. 3. 1956 überstiegen diese Schulden die Kreditmarktmittel (119,3 Mill. DM gegenüber 118,6 Mill. DM).

Die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln verringerten sich erstmalig - wenn auch nur geringfügig - um 0,3 Mill. DM auf insgesamt 75,7 Mill. DM. Ihr Anteil an der Gesamtverschuldung ist mit 13,5% bei weitem nicht mehr so entscheidend wie in den ersten Jahren nach der Währungssumstellung.



Tab. 2

Herkunft der seit dem 21. Juni 1948 aufgenommenen Inlandschulden am 31. 3. 1960

Schuldenart	Insgesamt			darunter ¹				
				kreis- freie Städte	Gemeinden mit ... Einw.			Land- kreise
	1 000 DM	DM je Einw.	Veränd. gegenüber dem Vorjahr in %		10 000 bis 50 000	3 000 bis unter 10 000	weniger als 3 000	
				DM je Einwohner				
1. Schulden aus Kreditmarktmitteln	325 120	142,31	+ 22	247	135	89	37	20
davon								
bei Sparkassen	91 608	40,10	+ 38	45	49	34	17	7
bei Girozentralen	87 692	38,38	+ 34	41	42	39	14	9
bei sonstigen Kreditinstituten	78 655	34,43	+ 4	87	29	5	4	2
bei Versicherungen und Bausparkassen	49 083	21,48	+ 23	57	8	8	1	2
Inhaberschuldverschreibungen	10 000	4,38	- 1	15	-	-	-	-
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	992	0,43	+ 13	1	1	0	0	-
Restkaufgelder	2 396	1,05	- 10	0	3	1	0	0
Übrige Schulden aus Kredit- marktmitteln	4 694	2,05	- 7	1	3	2	2	0
2. Schulden aus öffentl. Sondermitteln	75 681	33,13	- 1	52	37	33	8	3
davon								
Schulden aus ERP-(ECA)-Mitteln	37 985	16,63	+ 1	29	17	20	3	0
Schulden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung	17 273	7,56	- 1	6	9	6	4	2
Schulden aus Mitteln sonstiger Träger der Sozialversicherung	20 423	8,94	- 5	17	11	7	1	0
3. Schulden bei Gebietskörperschaften	160 786	70,38	+ 2	57	70	67	48	16
davon								
Wertschaffende Arbeitslosenhilfe (Bundes- und Landesdarlehen)	44 194	19,34	- 0	20	21	14	13	3
Wohnbaukredite von Bund und Ländern	24 483	10,72	+ 10	6	10	12	9	2
Sonstige Kredite von Bund und Ländern	80 977	35,45	- 1	30	32	36	22	9
Unmittelbar beim Bundes- bzw. Landesausgleichsamt auf- genommene Darlehen	4 049	1,77	+ 12	1	2	1	0	1
Schulden bei Gemeinden und Gemeindeverbänden	7 083	3,10	+ 10	-	5	4	4	0
Insgesamt	561 588	245,82	+ 12	356	242	189	93	39

1) außerdem Ämter mit einer Gesamtverschuldung von 1,7 Mill. DM, davon 1 Mill. DM auf dem Kreditmarkt, 94 000 DM aus öffentlichen Mitteln und 516 000 DM bei Gebietskörperschaften

Von den am 31. 3. 1960 bestehenden Schuldverpflichtungen wurden allein 26,8% für die wirtschaftlichen Unternehmen verwendet. Der Anteil der Kreditmarktmittel war hier mit 75% besonders hoch. An zweiter Stelle folgt die Darlehensaufnahme für Straßen-, Wege- und Brückenbau, die 21,5% aller Mittel für sich beanspruchten. Die Zuwachsquote der Verschuldung für diesen Aufgabenbereich war im Rechnungsjahr 1959/60 mit 16% überdurchschnittlich hoch. Auch die Darlehensaufnahmen für Schulbauten waren mit 105,8 Mill. DM oder 18,8% der gesamten Verschuldung erheblich.

Bei der Verschuldung ist zu berücksichtigen, daß der Schuldendienst zu einem erheblichen Teil nicht durch eigene Mittel der Gebietskörperschaften aufgebracht werden muß. Bei einer Untersuchung, in welcher Höhe die kommunalen Gebietskörperschaften durch Schulden belastet sind, ist es zweckmäßig, insbesondere die Verschuldung für die wirtschaftlichen Unternehmen unberücksichtigt zu lassen¹. Aber auch bei der Darlehensaufnahme für den Woh-

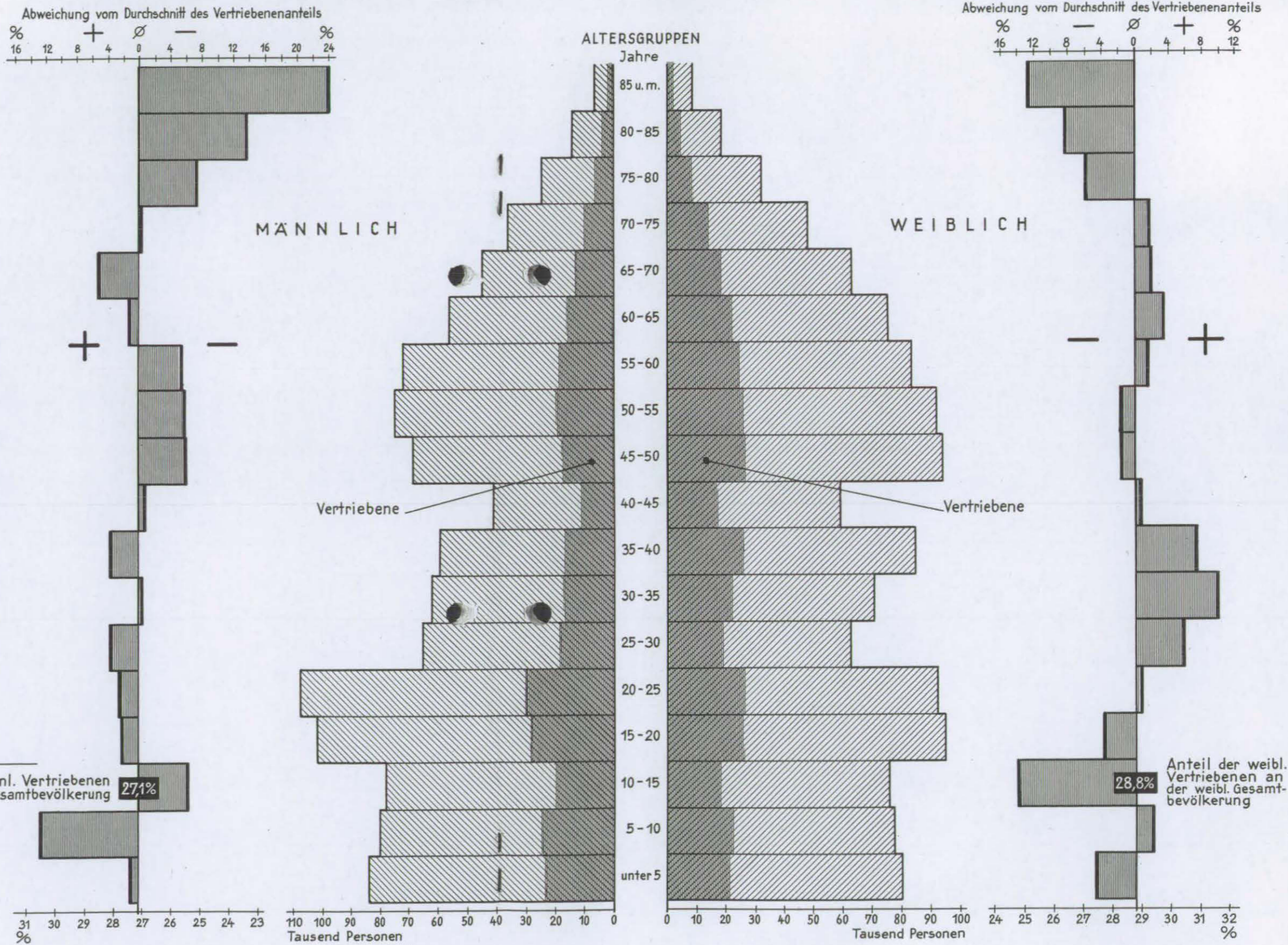
nungsbau einschließlich der weitergeleiteten Darlehen und für das allgemeine Grundvermögen handelt es sich um Schulden, die die Kämmereiverwaltung wenig belasten, da der Schuldendienst zumindest nicht in voller Höhe von ihr geleistet wird. Es muß dabei vernachlässigt werden, daß die häufig gewährten Zinsverbilligungen, z. B. bei weitergeleiteten Darlehen für den Wohnungsbau, eine echte Belastung - wenn auch nicht in voller Höhe des Schuldendienstes - darstellen. Der Anteil der Kreditaufnahme für diese 3 Aufgabenbereiche betrug in Schleswig-Holstein am 31. 3. 1951 noch 57% der gesamten Neuverschuldung (Bundesgebiet 59%), sank bis zum 31. 3. 1957 auf 35% (Bundesgebiet 44%) und stieg bis zum 31. 3. 1959 wieder geringfügig auf 36% (Bundesgebiet 43%).

Im folgenden wird die Neuverschuldung ohne die Kredite für die oben bezeichneten Aufgabenbereiche dargestellt.

1) Es ist jedoch im Einzelfall durchaus möglich, daß die Kämmereiverwaltung für den Schuldendienst eines wirtschaftlichen Unternehmens dennoch im allgemeinen öffentlichen Interesse belastet ist

DER ALTERSAUFBAU DER GESAMTBEVÖLKERUNG UND DER VERTRIEBENEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN ENDE 1959

Schleswig-Holstein ist in der Bundesrepublik das Land mit dem höchsten Anteil von Vertriebenen an der Bevölkerung (28,0% gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 18,4%). Der Anteil der vertriebenen weiblichen Bevölkerung an der weiblichen Gesamtbevölkerung ist in Schleswig-Holstein mit 28,8% höher als der Anteil der männlichen Vertriebenen an der Gesamtheit der männlichen Bevölkerung (27,1%). - Die nebenstehende Graphik zeigt in der Mitte das bekannte Bild der Bevölkerungspyramide, bei der die einzelnen Stufen Fünfjahres-Altersgruppen der Frauen und Männer darstellen. Durch verstärkte Schraffur sind die Vertriebenen besonders hervorgehoben. - Um die Frage beantworten zu können, ob die Anteile der Vertriebenen in allen Altersgruppen gleichmäßig sind oder nicht, wurden die Vertriebenenanteile rechts und links neben der Pyramide besonders gezeichnet. Die mit "0" bezeichneten Mittelachsen zeigen die oben erwähnten Gesamtanteile von 27,1 bzw. 28,8%. Es ist ersichtlich, daß die einzelnen Altersgruppen von diesem Durchschnitt zum Teil erheblich abweichen. An der oberen Skala ist die prozentuale Abweichung - wobei die negative Abweichung zur Pyramide hinzeigt -, an der unteren Skala der Vertriebenenanteil der jeweiligen Altersgruppe abzulesen. - Es ist deutlich zu erkennen, daß der Anteil der Vertriebenen bei den 10- bis 15jährigen unterdurchschnittlich ist. Es sind dies die Geburtsjahrgänge aus der Zeit der Flucht und der Zeit der größten Nachkriegswirren. Außerdem ist der Anteil bei den Jahrgängen der über 75-jährigen relativ klein. Diese haben die Strapazen der Flucht häufig nicht überstanden; ein Teil ist auch in der Heimat verblieben. Weiterhin ist auch auffällig der starke Anteil bei den 25- bis 40jährigen, hier besonders bei den Frauen. - Gründe für die unterschiedlichen Anteile der Vertriebenen sind nicht nur die Folgen der Vertreibung, der unterschiedliche Kriegseinsatz der Männer, sondern auch die intensiven Wanderungen der Vertriebenen (Umsiedlung) in der Nachkriegszeit.



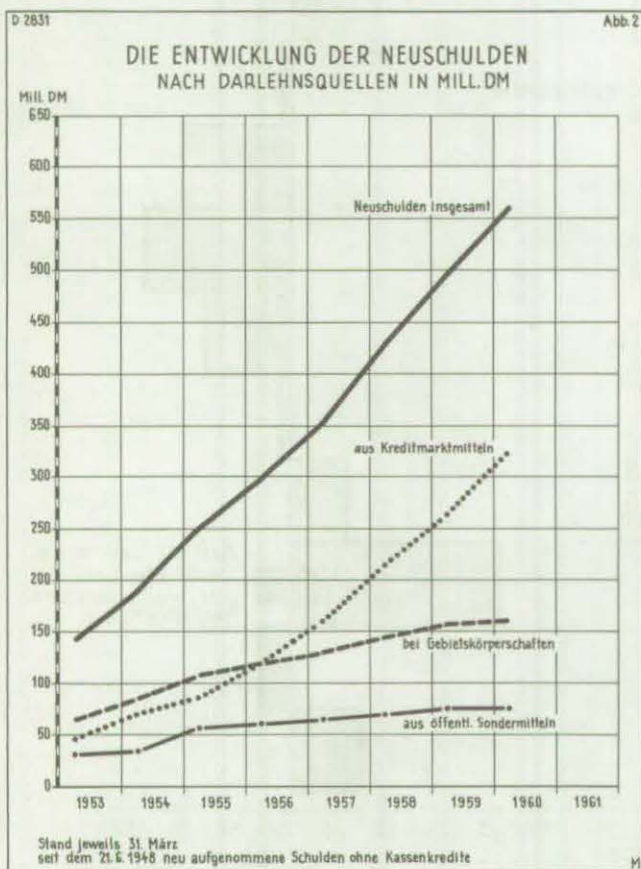
Tab. 3 Verwendung der seit dem 21.6.1948 aufgenommenen und am 31.3.1960 noch bestehenden Inlandschulden

Verwaltungszweig	Kreditmarkt- mittel	Öffent- liche Sonder- mittel	Mittel von Gebiets- körper- schaften	Insgesamt			darunter ¹				
				1 000 DM	DM je Einwohner	Veränd. gegenüber dem Vorjahr in %	kreis- freie Städte	Gemeinden mit ... Einw.			Land- kreise
								10 000 bis unter 50 000	3 000 10 000	weniger als 3 000	
							1 000 DM				
1 Schulen	56 956	4 223	44 618	105 797	46,31	9	63	39	37	18	10
2 Fürsorge und Jugendhilfe	5 488	110	6 262	11 860	5,19	34	8	4	1	0	3
3 Gesundheits- u. Jugendpflege	16 794	2 453	5 551	24 799	10,86	17	9	18	2	1	6
4 Straßen, Wege, Brücken	58 579	15 285	46 656	120 520	52,75	15	51	39	28	48	13
5 Trümmerbeseitigung und übriges aus Einzelplan 6	493	60	587	1 140	0,50	- 7	0	1	1	0	0
6 Öffentliche Einrichtungen	35 588	28 262	21 797	85 648	37,49	17	53	58	44	4	1
7 Nicht aufgeteilt einschl. Plan 0, 1, 3 u. Rest aus 9	10 065	1 155	1 079	12 299	5,38	- 1	9	3	2	0	2
1 - 7 zusammen	183 962	51 549	126 551	362 062	158,48	13	194	161	116	73	34
8 Wohnungsbau einschl. weitergegebener Darlehen für Wohnungsbau	14 439	2 593	7 664	24 696	10,81	12	19	7	9	4	1
9 Wohngrundstücke des allgem. Grundvermögens u. übriges allgem. Grundvermögen	13 596	521	10 232	24 348	10,66	17	7	13	19	6	1
10 Wirtschaftl. Unternehmen	113 123	21 019	16 340	150 481	65,87	8	136	61	44	10	3
1 - 10 insgesamt <i>DM je Einw.</i>	325 120 142,31	75 681 33,13	160 786 70,38	561 588	245,82	12	356	242	189	93	39

1) außerdem Ämter mit 784 000 DM (47 % ihrer Verschuldung) im Plan 0

Die Entwicklung der den Haushalt in vollem Umfange belastenden Darlehen ist gekennzeichnet durch eine gegenüber dem Bundesgebiet überdurchschnittlich hohe Verschuldung. Dabei ist die Herkunft der Mittel recht unterschiedlich. Die Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften liegen in Schleswig-Holstein in allen

Vergleichsjahren beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt, und zwar um 126% im Jahre 1959 bis 227% (1955); auch die Inanspruchnahme der öffentlichen Sondermittel ist in Schleswig-Holstein beachtlich höher. Dagegen wurden die Kreditmarktmittel weniger stark in Anspruch genommen. Obwohl also die Gebietskörperschaften Schleswig-Holsteins überdurchschnittlich hoch verschuldet sind, ist die Verschuldung auf dem Kreditmarkt mit seinen höheren Zinssätzen anfangs sehr viel niedriger als die der



Tab. 4 Die Neuverschuldung der Gemeinden (Gv.)¹ ohne wirtschaftliche Unternehmen, Wohnungsbau und allgemeines Grundvermögen - Schleswig-Holstein im Vergleich zum Bund² -

	31. März						
		1955	1956	1957	1958	1959	1960
Schleswig-Holstein							
Schulden insges.	Mill. DM	150	185	232	271	317	362
DM je Einw.		64	81	103	120	140	158
davon							
aus öffentlichen Sondermitteln	"	12	14	17	19	22	23
bei Gebiets- körperschaften	"	36	39	43	48	52	55
aus Kredit- marktmitteln	"	17	28	43	53	66	81
Bundesgebiet ²							
Schulden insges.	"	52	69	87	108	126	.
davon							
aus öffentlichen Sondermitteln	"	4	7	9	11	13	.
bei Gebiets- körperschaften	"	11	14	17	20	23	.
aus Kredit- marktmitteln	"	36	49	60	76	90	.

1) ohne Kassenkredite 2) ohne Hansestädte, Saarland und Berlin (West)

Gemeinden anderer Länder. Der Anteil der Kreditmarktmittel an der Neuverschuldung betrug in Schleswig-Holstein am 31.3.1955 nach dem in Tabelle 4 dargestellten Verwendungszweck nur 26% gegenüber 70% im Bundesgebiet (ohne Hansestädte). Er stieg bis zum Rechnungsjahr 1959 in Schleswig-Holstein auf 47% an, während er in den Gemeinden des Bundesgebietes mit 72% relativ konstant blieb. Den schleswig-holsteinischen Gemeinden war es also auf Grund ihrer bekannten Steuerschwäche nur in bescheidenerem Umfange möglich, die höher verzinslichen Kreditmarktmittel in Anspruch zu nehmen. Da aber Investitionen der schleswig-holsteinischen Gemeinden sowohl auf dem Gebiet des Schulbaues durch den relativ großen Flüchtlingsanteil an der Bevölkerung als auch auf dem Gebiet des Straßenbaues durch die sehr rasche Entwicklung des Straßenverkehrs und auf dem Gebiet der öffentlichen Einrichtungen dringend erforderlich waren, wurden die Schulden überwiegend aus Sondermitteln und bei Gebietskörperschaften aufgenommen.

Einer gegenüber dem Bundesgebiet überdurchschnittlichen Verschuldung stand ein unterdurchschnittliches Steueraufkommen gegenüber. Diese größere Verschuldung bestand sowohl am 31.3.1955 als auch am 31.3.1959, und zwar in jeder Gemeindegrößenklasse und bei den Landkreisen.

Die kommunale Schuldenaufnahme ist im Verhältnis zu den Investitionen in Schleswig-Holstein in den Rechnungsjahren bis 1958 ebenfalls überdurchschnittlich hoch gewesen. Sie erreich-

Tab. 5 Die kommunale Neuverschuldung¹ ohne wirtschaftliche Unternehmen, Wohnungsbau und allgem. Grundvermögen nach Gemeindegrößenklassen

Größenklasse	Schulden insgesamt DM je Einwohner		Anteil der Kreditmarktmittel an der Gesamtverschuldung in %	
	Schleswig- Holstein	Bund ²	Schleswig- Holstein	Bund ²
31. März 1955				
weniger als 3 000 Einw.	27	16	12	62
3 000 - 10 000 Einw.	51	33	21	65
über 10 000 Einw.	63	53	33	69
Kreisfreie Städte	82	79	27	73
Landkreise	15	9	32	69
Ämter	0	1	53	84
Insgesamt	64	52	26	70
31. März 1959				
weniger als 3 000 Einw.	59	52	29	65
3 000 - 10 000 Einw.	100	86	38	69
über 10 000 Einw.	144	127	47	71
Kreisfreie Städte	173	171	54	74
Landkreise	32	19	52	69
Ämter	1	3	72	83
Insgesamt	140	126	47	72

1) ohne Kassenkredite 2) ohne Hansestädte, Saarland und Berlin (West)

te im Rechnungsjahr 1956 41,3% (Bundesgebiet ohne Hansestädte 35,5%), stieg im Rechnungsjahr 1957 auf 48,5% gegenüber 43,1% im Bundesgebiet und sank im Rechnungsjahr 1958 auf 43,1% gegenüber 38,3% im Bundesgebiet ab². Mithin hat Schleswig-Holstein seine Investitionen überdurchschnittlich stark durch Schuldenaufnahmen und sehr viel weniger durch eigene Steuermittel oder Rücklagen finanziert.

Die innere Verschuldung belief sich auf insgesamt 6,5 Mill. DM, es wurden aufgebracht durch die Inanspruchnahme

der Ausgleichsrücklage	19%
des Kapitalvermögens	24%
des allgemeinen Grundvermögens	10%
und des Sondervermögens	23%

Die staatliche Verschuldung

Die Verschuldung des Landes ist gegenüber dem Stand des Vorjahres am 31.3.1960 um 8% auf insgesamt 1 763 Mill. DM gestiegen, das sind 772 DM je Einwohner. Auffällig hoch ist die Steigerung der Schulden aus Kreditmarktmitteln, die sich um 27% auf 235 Mill. DM erhöhten; allein 23 Mill. DM entfielen auf die Aufnahme eines Kredites bei der Deutschen Bundesbank.

Tab. 6 Schulden der Länder¹ nach Art der Schulden, ohne Zahlungsrückstände am 31. März 1959

Land	Insgesamt	darunter ²				
		Altschulden	dar. Ausgleichsfordernungen	Neuschulden		
				aus Kreditmarktmitteln	aus öffentlichen Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften
DM je Einwohner						
Schleswig-Holstein	719	128	128	82	42	467
Niedersachsen	491	155	154	74	9	253
Nordrhein-Westfalen	396	140	140	0	14	241
Hessen	420	176	176	53	13	178
Rheinland-Pfalz	445	122	122	133	16	173
Baden-Württemberg	525	211	211	114	14	182
Bayern	496	189	189	140	17	147
Länderdurchschnitt ³	468	164	164	72	15	216
Schleswig-Holstein zum Länderdurchschnitt in %	154	78	78	114	280	216
Schleswig-Holstein am 31.3.1960	1 763	287	287	235	112	1 128
Mill. DM	772	126	126	103	49	494
DM je Einwohner						

1) Quelle: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 234

2) außerdem Auslandsschulden; Länderdurchschnitt 1,- DM je Einwohner

3) ohne Hansestädte, Saarland und Berlin (West)

Die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln beliefen sich auf 112 Mill. DM, die Zuwachsquote betrug mithin 17%.

2) Wirtschaft und Statistik 1960, S. 243 (April)

Die Schulden bei Gebietskörperschaften erreichten 1,1 Mrd. DM (+ 7%), beachtlich ist hier die Schuld beim Bund (ohne Lastenausgleichsfonds) in Höhe von 432 Mill. DM (+ 22%). Im Ländervergleich ist die staatliche Verschuldung je Einwohner in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich hoch, und zwar besonders veranlaßt durch

die Darlehensaufnahme bei Gebietskörperschaften, die Verschuldung aus Kreditmarktmitteln lag dagegen nur geringfügig über dem Durchschnitt der Länder.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Die kommunale und staatliche Verschuldung" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 65 (März)

Die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen im Rechnungsjahr 1959

Für Volks-, Mittel- und höhere Schulen wurden im Rechnungsjahr 1959 vom Land, den Gemeinden und Gemeindeverbänden insgesamt 265 Mill. DM oder 116 DM je Einwohner ausgegeben; das sind etwa 68% der Ausgaben für das gesamte Bildungswesen. Das "Bildungswesen" umfaßt außerdem noch die Schulverwaltung, das Kultusministerium, die berufsbildenden Schulen, die Hochschulen und Hochschulkliniken, die Ausgaben der Volksbildung und anderes. Etwa 15% der Gesamtausgaben der Hoheits- und Kämmererverwaltungen in Höhe von 1,8 Mrd. DM wurden für die allgemeinbildenden Schulen beansprucht.

In den Jahren 1955 bis 1959 beliefen sich die Bauinvestitionen auf 140 Mill. DM. Diese Investitionen verteilen sich zu 61% auf die Volksschulen, zu 18% auf die Mittelschulen und zu 21% auf die höheren Schulen. Dazu kommen noch 21 Mill. DM für Neuanschaffungen von beweglichem Vermögen. In den 5 Jahren davor (1950 - 1954) wurden nur 72 Mill. DM für Schulbauten investiert, und zwar etwa 50 Mill. DM für Volksschulen, 11 Mill. DM für Mittel- und 11 Mill. DM für höhere Schulen. Die Aufwendungen für die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen beliefen sich auf 11 Mill. DM. Die Investitionen, die infolge des Nachholbedarfs durch Krieg und Kriegsfolgen sehr dringlich waren, konnten - im Gegensatz zu anderen Ländern - in Schleswig-Holstein erst verhältnismäßig spät in befriedigendem Umfang durchgeführt werden.

In der Ausgabenentwicklung ist allen drei Schularten gemeinsam:

1. In den letzten Jahren sind die Ausgaben ständig gestiegen, abgesehen von den Ausgaben für höhere Schulen im Jahre 1959.
2. Die Zahl der Schüler sank dagegen in allen hier aufgeführten Vergleichsjahren; das hat
3. eine teilweise beträchtliche Steigerung der auf den Schüler umgerechneten Ausgaben zur Folge.

4. Den größten Anteil an der Ausgabensteigerung in der Zeit von 1955 bis 1959 hatten die persönlichen Aufwendungen¹, deren Anteil an den Mehrausgaben für jede der drei Schularten mehr als die Hälfte beträgt.
5. Der auch nach 1955 noch erforderliche Ausbau des Schulwesens verhinderte - zusammen mit den Lohn- und Gehaltserhöhungen² -, daß sich die sinkenden Schülerzahlen ausgabenvermindernd auswirkten.
6. Rund zwei Drittel der Eigenausgaben für allgemeinbildende Schulen werden vom Land übernommen. Sie sind bei den Volksschulen etwas niedriger, am höchsten bei den höheren Schulen. Dieser Anteil schwankt in den vorausgegangenen Jahren relativ wenig, zeigt aber bei den höheren Schulen eine in etwa abnehmende Tendenz.

Die Ausgaben für Volks- und Hilfsschulen

Die Volks- und Hilfsschulen beanspruchten mit 63% den größten Anteil der Ausgaben für allgemeinbildende Schulen. Die unmittelbaren Ausgaben erreichten im Rechnungsjahr 1959 die beträchtliche Höhe von 166 Mill. DM oder 73 DM je Einwohner. Für einen Volks- und Hilfsschüler wurden im Durchschnitt aber nur 732 DM aufgewendet, das sind 66% der Aufwendungen für einen Mittelschüler und nur 44% der auf einen höheren Schüler entfallenden Ausgaben. Der Grund des relativ niedrigen Durchschnittsbetrages bei Volksschülern liegt vor allem in der vergleichsweise höheren Klassenfrequenz, dem geringeren Besoldungsniveau der Lehrkräfte, das etwa dem des gehobenen Dienstes entspricht, und den niedrigeren Aufwendungen für Lehrmittel.

1) Sie umfassen die Aufwendungen für Aktivitätsbezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter (also Lehrer wie auch Verwaltungs- und Hauspersonal) und die entsprechenden Versorgungsleistungen

2) Die Zahl der Volksschullehrer hat sich gegenüber 1958 kaum, die der Lehrer an höheren Schulen nur um 22 Personen erhöht; die Zahl der Lehrer an Mittelschulen nahm dagegen um 31 Lehrer ab

Tab. 1 Unmittelbare Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv.) für Volks- und Hilfsschulen¹

Rechnungsjahr	Unmittelbare Ausgaben		davon				
			Verwaltungs- und Zweckausgaben		darunter persönliche Ausgaben	Ausgaben der Vermögensbewegung	darunter Neu- und Wiederaufbau
	1 000 DM	DM je Schüler	1 000 DM	DM je Schüler	1 000 DM		
1955	116 162	448	98 396	380	83 806	17 766	11 363
1956	130 913	525	107 365	431	91 501	23 548	16 189
1957	147 286	617	118 098	494	101 154	29 188	19 693
1958	164 425	708	134 452	579	116 559	29 973	18 966
1959 ²	166 336	732	131 263	577	111 942	35 073	19 960

1) ohne dänische Minderheitsschulen und Zuschüsse an private Schulen
2) vorläufiges Ergebnis

Von dem Gesamtaufwand entfielen 1959 insgesamt 131 Mill. DM auf die Verwaltungs- und Zweckausgaben, die sich zu fast neun Zehnteln aus Personalausgaben zusammensetzen. Die persönlichen Ausgaben sind gegenüber 1958 um 4,6 Mill. DM auf 112 Mill. DM gesunken. Das ist überwiegend darauf zurückzuführen, daß in dem Besoldungsaufwand des Jahres 1958 Nachzahlungen von Gehaltserhöhungen aus dem Rechnungsjahr 1957 enthalten sind.

Obwohl die Gesamtausgaben nur um knapp 2 Mill. DM oder etwa 1% gestiegen sind, hat sich der für einen Volksschüler durchschnittlich ausgegebene Betrag von 708 auf 732 DM stärker, nämlich um 3%, erhöht. Diese höhere Steigerungsquote wurde durch die ständig sinkende Schülerzahl verursacht. Im Jahre 1959 gab es rund 31 800 Volks- und Hilfsschüler, das sind 12% weniger als im Jahre 1955.

Innerhalb der Ausgaben der Vermögensbewegung beanspruchten die Bauinvestitionen den größten Anteil. Für diesen Zweck wurden in den letzten 5 Jahren insgesamt 86 Mill. DM aufgewendet. Sie wurden fast ausschließlich in den Haushalten der kommunalen Gebietskörperschaften - in ihrer Eigenschaft als Schulträger - nachgewiesen. Die Entwicklung und die Höhe der Bauinvestitionen bestimmen auch zum größten Teil die Ausgaben für die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen. Die Leistungen hierfür beliefen sich in der Zeit von 1955 bis 1959 auf 11 Mill. DM.

Die Ausgaben für Mittelschulen

Die unmittelbaren Ausgaben für Mittelschulen beliefen sich im Rechnungsjahr 1959 auf 39,2 Mill. DM; sie sind gegenüber 1958 geringfügig (+ 4%) gestiegen. Mit einer kurzen Unterbrechung im Rechnungsjahr 1956 weisen seit der Währungsreform die Ausgaben für Mittelschulen stets eine Zuwachsquote auf. Die geringfügige

Tab. 2 Unmittelbare Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv.) für Mittelschulen

Rechnungsjahr	Unmittelbare Ausgaben		davon				
			Verwaltungs- und Zweckausgaben		darunter persönliche Ausgaben	Ausgaben der Vermögensbewegung	darunter Neu- und Wiederaufbau
	1 000 DM	DM je Schüler	1 000 DM	DM je Schüler	1 000 DM		
1955	30 516	697	23 100	528	20 212	7 416	5 844
1956	29 549	743	23 733	597	20 580	5 816	4 416
1957	31 846	841	25 840	682	22 410	6 006	4 372
1958	37 486	1 018	30 345	824	26 746	7 141	4 201
1959 ¹	39 154	1 107	29 645	838	25 609	9 509	5 747

1) vorläufiges Ergebnis

Abnahme der Verwaltungs- und Zweckausgaben im Rechnungsjahr 1959 ist ebenfalls durch die persönlichen Ausgaben verursacht worden. Die um 1,7 Mill. DM gestiegenen Gesamtausgaben sind durch die auffällige Erhöhung der Ausgaben der Vermögensbewegung bedingt. Allein die Aufwendungen für Neu- und Wiederaufbau weisen eine Steigerung von 1,5 Mill. DM nach.

Da die Zahl der Schüler in den letzten Jahren ständig abgenommen hat - noch im Jahre 1955 entfielen auf 10 000 Einwohner 191 Mittelschüler, im Jahre 1959 dagegen nur noch 155 Schüler -, sind die auf den Schüler umgerechneten durchschnittlichen Aufwendungen weiterhin erheblich gestiegen und erreichten nunmehr 1 107 DM; davon entfielen auf die Verwaltungs- und Zweckausgaben 838 DM (gegenüber 1958 eine Steigerung von 14 DM, das sind 1,7%). Mit 269 DM sind die Ausgaben der Vermögensbewegung relativ hoch. Ihre Zunahme gegenüber 1958 betrug 75 DM je Mittelschüler oder 39%. Auf den Neu- und Wiederaufbau entfielen 162 DM, auf die Neuanschaffung von beweglichem Vermögen 21 DM.

Die Ausgaben für höhere Schulen

Die unmittelbaren Ausgaben des Landes und der Gemeinden zusammen stellten sich im Rechnungsjahr 1959 für höhere Schulen auf 59,6 Mill. DM, das ist etwa derselbe Betrag wie 1958. Auch hier haben sich die Verwaltungs- und Zweckausgaben um 1 Mill. DM geringfügig gesenkt, wiederum beeinflusst durch die Gehaltsnachzahlungen im Rechnungsjahr 1958. Die Ausgaben der Vermögensbewegung belaufen sich auf 9,6 Mill. DM. Zwei Drittel davon wurden für den Neu- und Wiederaufbau ausgegeben.

In den letzten vier Jahren nahm die Zahl der Schüler jährlich um etwa 1 000 ab. Auf 10 000 Einwohner entfielen im Jahre 1955 noch 177 Schüler, im Jahre 1959 dagegen nur noch 159

Tab. 3 Unmittelbare Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv.) für höhere Schulen

Rechnungs-jahr	Unmittelbare Ausgaben		davon				
			Verwaltungs- und Zweckausgaben		darunter persönliche Ausgaben	Ausgaben der Vermögensbewegung	darunter Neu- und Wiederaufbau
	1 000 DM	DM je Schüler	1 000 DM	DM je Schüler	1 000 DM		
1955	42 373	1 045	39 296	969	34 878	3 077	2 289
1956	47 967	1 232	39 976	1 027	36 082	7 990	6 364
1957	53 590	1 408	44 006	1 156	39 581	9 583	7 777
1958	60 119	1 616	51 052	1 373	45 784	9 067	6 383
1959 ¹⁾	59 614	1 646	49 972	1 380	44 494	9 642	6 391

1) vorläufiges Ergebnis

höhere Schüler. Auch hier wirken die sinkenden Schülerzahlen erhöhend auf die durchschnittlich für einen Schüler verausgabten Beträge. Für einen höheren Schüler wurden im Jahre 1959 insgesamt 1 646 DM ausgegeben. Die laufenden Ausgaben betragen 1 380 DM, die Ausgaben der Vermögensbewegung 266 DM. Für Neu- und Wiederaufbau wurden 176 DM und für Neuanschaffung von beweglichem Vermögen 34 DM je Schüler bereitgestellt.

Von den Gesamtausgaben wurden mit 66% die Landesfinanzen und mit 34% die kommunalen Haushalte beansprucht.

Dipl.-Volksw. Joachim Sachse

Vergleiche auch: "Die öffentlichen Finanzen 1955" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 171 (Juni)

Ernte und Anbau von Gemüse 1959 und 1960

Der folgende Beitrag befaßt sich nur mit dem zum Zwecke des Verkaufs angebauten Gemüse, das in Schleswig-Holstein aus den Erwerbsgärtnereien und aus den landwirtschaftlichen Betrieben kommt.

Die im Witterungsverlauf ganz verschiedenen Jahre 1959 und 1960 führten beim Anbau, beim Ertrag und bei den Gemüsepreisen zu sehr extremen Verhältnissen. Die Niederschlagssumme erreichte 1959 in Schleswig-Holstein allgemein nur 60 bis 70% der Norm:

	Jahres-Niederschlagssumme in mm	
	langjähriger Mittelwert	1959
Husum	806	520
Neumünster	773	534
Lübeck-Burgfeld	632	384

In den meisten Jahren wichen die jährlichen Niederschlagssummen vom langjährigen Mittelwert bei weitem nicht so stark ab wie 1959. Dazu kam 1959 eine mehr oder weniger beachtlich unter dem Durchschnitt liegende relative Luftfeuchtigkeit, die den Wassermangel besonders auf den leichteren Böden noch verschärfte.

1959 wurde die Gemüseanbaufläche im geplanten Umfang bestellt. Sie erreichte die Vorjahresfläche nicht. Im Buschbohnenanbau machten sich die z. T. sehr ungünstigen Absatzbedingungen der beiden Vorjahre bemerkbar. Außerdem wurden noch weniger Pflückerbsen angebaut als 1958. Demgegenüber war vor allem die Kopfkohlfläche vergrößert worden. Auch setzte sich der steigende Trend im Möhrenanbau fort. Bei den übrigen Gemüsearten überwogen die Flächeneinschränkungen, so daß bei diesen eine

Voraussetzung für eine kleinere Ernte als 1958 gegeben war.

Die anhaltende Trockenheit im Jahre 1959 wirkte sich auf die Ertragshöhe der verschiedenen Gemüsearten entsprechend deren Wärmeanspruch und Standort außerordentlich verschieden aus. Es zeigte sich wieder einmal, daß in Dithmarschen die besten Voraussetzungen für den Kopfkohlanbau gegeben sind. Trotz des beachtlichen Regendefizits konnten besonders beim Herbstweißkohl wesentlich bessere Erträge erzielt werden als 1958. Unter allen Bundesländern war Schleswig-Holstein 1959 das einzige Land, das beim Weißkohl insgesamt einen höheren Ertrag aufzuweisen hatte als im Jahr zuvor. Das gleiche gilt auch für den Wirsingkohl. Beim Rotkohl wurde das Vorjahresergebnis im Gegensatz zu anderen Bundesländern fast erreicht.

Tab. 1 Der Kopfkohlertrag in den größeren Bundesländern

Land	Ertrag von					
	Weißkohl		Rotkohl		Wirsingkohl	
	1958	1959	1958	1959	1958	1959
	dz/ha					
Schleswig-Holstein	462	498	332	327	194	222
Niedersachsen	401	326	321	241	259	194
Nordrhein-Westfalen	453	208	299	175	228	161
Hessen	357	270	284	210	236	190
Rheinland-Pfalz	271	212	245	185	188	167
Baden-Württemberg	378	359	281	261	238	217
Bayern	318	232	214	170	198	158
Saarland	241	127	207	98	173	107

In Dithmarschen brachten Pflückerbsen sehr gute Erträge. Auch Buschbohnen schnitten hier noch verhältnismäßig gut ab, während sie im Raum um Lübeck infolge der Dürre z. T. völlig versagten.

Tab. 2 Erträge ausgewählter Gemüsearten 1959
in den Hauptanbaugebieten Schleswig-Holsteins

Gemüseart	Ertrag in den Anbauschwerpunkten		
	Dithmarscher Marsch	Raum um Lübeck	Insel Fehmarn
	dz/ha		
Herbstweißkohl	660	.	363
Dauerweißkohl	452	.	325
Herbstrotkohl	375	.	280
Dauerrotkohl	376	.	244
Grüne Pflückerbsen	130	55	.
Dicke Bohnen	158	73	.
Buschbohnen	82	31	58

Möhren, die mit Vorliebe auf etwas sandigen Böden angebaut werden, litten 1959 naturgemäß unter der anhaltenden Trockenheit, da die Wasserkapazität dieser Böden im Vergleich zu den schwereren Böden beschränkt ist. Sie brachten die niedrigsten Erträge des letzten Jahrzehnts. Die relativ hohe Durchschnittstemperatur begünstigte den ziemlich unbedeutenden Schälgurkenanbau, da man hier bei den kleinen Flächen allgemein die Möglichkeit gehabt haben dürfte, künstlich zu bewässern. So wurden für schleswig-holsteinische Verhältnisse recht gute Erträge erzielt.

Wenn auch allgemein die Anbaugröße frühzeitig gewisse Rückschlüsse auf die Erntemenge zulässt, so kann dies bei Gemüse nur mit gewichtigem Vorbehalt geschehen, wie es das Erntejahr 1959 wiederum bewiesen hat. Von einer gegenüber 1958 um 8% vergrößerten Kohlfläche wurde 16% mehr Kohl geerntet. Obwohl 3% mehr Land mit Möhren bebaut wurde, blieb die Ernte infolge der niedrigen Erträge fast ein Viertel unter dem Vorjahresergebnis. Zur Flächeneinschränkung bei Buschbohnen und Pflückerbsen kam hinzu, daß die Erträge vielfach sehr zu wünschen übrig ließen. Bei Buschbohnen wurde nur eine halb so große Ernte eingebracht wie 1958.

Tab. 3 Gemüseanbau und -ernte 1959

Hauptgemüsearten	Anbau		Ernte	
	ha	Veränderung gegenüber 1958 in %	t	Veränderung gegenüber 1958 in %
Weißkohl	2 125	+ 14	105 868	+ 23
Rotkohl	1 098	+ 3	35 928	+ 1
Wirsingkohl ¹	562	- 1	12 490	+ 13
Rosenkohl	136	- 28	911	- 41
Blumenkohl	399	- 8	7 865	- 6
Grünkohl	113	- 18	1 241	- 40
Spinat ²	97	+ 29	943	+ 29
Speisemöhren	718	+ 3	16 286	- 22
Rote Bete	52	- 42	1 801	- 48
Sellerie	96	- 32	1 325	- 46
Porree	62	- 16	683	- 43
Grüne Pflückerbsen	1 664	- 11	13 835	- 22
Buschbohnen	1 797	- 24	11 014	- 50
Spargel ³	107	+ 3	283	+ 24
Einlegegurken	123	- 52	1 828	- 46

1) einschl. Winterwirsing, Erntefläche 1958/59 2) einschl. Winter-spinat, Erntefläche 1958/59 3) nur ertragfähige Anlagen

Die 1959 geernteten Mengen konnten allgemein recht gut abgesetzt werden. Selbst die Kohlern-te von 154 000 t fand ihre Käufer, besonders auch in den übrigen Bundesländern, deren Ernte nicht befriedigte. So bildeten sich im Herbst 1959 z. T. wesentlich höhere Erzeugerpreise als in diesem Herbst. Die Preise pendelten sich bei Weißkohl im Oktober und November auf etwa 25 DM je 100 kg frei Lieferplatz ein. Bei Rot- und Wirsingkohl waren sie noch stärker gestiegen. Hohe Preise wurden für Möhren gezahlt. Diese kamen von etwa 40 DM im September/Oktober auf 50 bis 60 DM und z. T. darüber im November/Dezember. Auch Porree und Sellerie wurden im Vergleich zu 1958 zu wesentlich höheren Preisen abgesetzt. Gleiches gilt für Bohnen.

Die gute Absatzlage 1959/60 bei Gemüse hat viele Anbauer 1960 veranlaßt, die Gemüseflächen zu erweitern. Die zunächst gehegten Absichten wurden nicht voll erfüllt. Immerhingab es rund 2 000 ha mehr Gemüse auf dem Freiland, das lediglich zum Verkauf diente, als im Vorjahr.

Gemüseanbaufläche in ha	
1959	1960
9 375	11 331

Hiervon waren alle für Schleswig-Holstein wichtigen Gemüsearten betroffen. Die Kopfkohlfläche umfaßte 1960 4 400 ha und übertraf damit den Durchschnitt 1953 - 1958 um fast 400 ha. Die Gemüseanbauer hatten ebenfalls rund 4 000 ha mit Pflückerbsen und Buschbohnen bestellt. Auf die Mohrrübenpreise des Vorjahres reagierten die Anbauer besonders scharf. Von 720 ha 1959 vergrößerten sie die Fläche 1960 auf 1 270 ha.

Die Witterung 1960 stand in krassem Gegensatz zum Vorjahr. Zahlreiche und ausgiebige Niederschläge sind einigen Gemüsearten sehr zugekommen und haben anderen geschadet.

Der Dauerkohl kam 1960 an die Vorjahreserträge kaum heran. Bei Spätblumenkohl gab es allgemein schlechte Erträge. Auch die Einlegegurken enttäuschten. Die Buschbohnen brachten mehr als im schlechten Erntejahr 1959. Sie erreichten im Landesmittel aber kaum den Durchschnitt. Ähnliches kann von den Pflückerbsen gesagt werden. Dagegen profitierten Möhren, Rote Bete, Spätkohlrabi, Porree und Sellerie von der feuchten Witterung.

Bei Möhren kamen zur Flächenausweitung z. T. außerordentlich hohe Erträge, so daß eine Erntemenge eingebracht wurde, die die Ernten der letzten 10 Jahre weit übertraf. Mit rund 41 000 t kommt die diesjährige Speisemöhrenernte wesentlich näher an die großen Ernten in den Jahren bis 1948 heran als in den Vorjahren. Damals

Tab. 4 Gemüseanbau und -ernte 1960

Hauptgemüsearten	Anbau		Ernte	
	ha	Veränderung gegenüber 1959 in %	t	Veränderung gegenüber 1959 in %
Weißkohl	2 416	+ 14	115 931	+ 10
Rotkohl	1 454	+ 32	47 410	+ 32
Wirsingkohl ¹	534	- 5	13 439	+ 8
Rosenkohl	157	+ 15	1 243	+ 36
Blumenkohl	403	+ 3	6 682	- 15
Grünkohl	139	+ 23	1 720	+ 39
Spinat ²	117	+ 21	1 121	+ 19
Speisemöhren	1 272	+ 77	40 653	+ 150
Rote Bete	177	+ 240	6 953	+ 286
Sellerie	117	+ 22	2 162	+ 63
Porree	79	+ 27	1 239	+ 81
Grüne Pflückerbsen	1 985	+ 19	17 515	+ 27
Buschbohnen	2 023	+ 13	17 668	+ 60
Spargel ³	129	+ 21	302	+ 7
Einlegegurken	199	+ 62	2 376	+ 30

1) einschl. Winterwirsing, Erntefläche 1959/60 2) einschl. Winter-spinat, Erntefläche 1959/60 3) nur ertragfähige Anlagen

half die Mohrrübe den akuten Nahrungsmittel-mangel lindern, während sie heute vielfach den verfeinerten Bedarfsansprüchen in bezug auf Vitamine, Gemüsesäfte usw. genügt. Buschbohnen und Pflückerbsen brachten Durchschnittsernten. Bei Kopfkohl wurde 15% mehr geerntet als 1959.

1960 gab es nicht so günstige Bedingungen wie im Vorjahr, schleswig-holsteinische Ware in den anderen Bundesländern abzusetzen, weil in den übrigen Bundesländern z. T. wesentlich bessere Erträge erzielt wurden als 1959. Die Preise blieben deshalb bisher bei vielen Gemüsearten beachtlich unter dem Vorjahresniveau. So erzielten die Erzeuger bei Weißkohl im Oktober und November 1960 frei Lieferplatz (Veiling Hamburg¹) etwa 6 bis 9 DM je 100 kg. Ähnliche Preise wurden auch für Rot- und Wirsingkohl gezahlt. Lose Möhren kamen in der Zeit von August bis Mitte November bei der Veiling in Hamburg nicht einmal auf 15 DM je 100 kg. Auch Bohnen blieben weit unter dem Vorjahrespreis. Dagegen gab der Erzeuger Pflückerbsen kaum zu niedrigeren Preisen ab als im Vorjahr. Allerdings haben Pflückerbsen am allgemeinen Preisauftrieb 1959 bei Gemüse kaum Anteil gehabt. - Die z. T. sehr starken Preiseinbußen auch bei den übrigen Gemüsearten 1960 werden erfahrungsgemäß im nächstjährigen Anbau ihren Niederschlag finden.

Dipl.-Landw. Georg Bartling

Vergleiche auch: "Anbau und Ernte von Gemüse 1958" in Stat. Monatsh. S.-H. 1959, S. 269 (Oktober) und "Anbau und Ernte von Gemüse 1960" in Wirtschaft und Statistik 1960, S. 661 (November)

1) Marktrundschau in Schleswig-Holstein der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Kurzberichte

Turnen und Sport

Anfang 1960 gab es in Schleswig-Holstein 850 Turn- und Sportvereine, die dem Landessportverband Schleswig-Holstein angeschlossen waren. Außerdem hatten 40 Turn- und Sportvereine, die zum Hamburger Sport-Bund gehörten, ihren Sitz in Schleswig-Holstein. Diese 890 Vereine hatten insgesamt 190 300 Mitglieder, und zwar 134 620 männliche und 55 680 weibliche. Damit waren von 1 000 männlichen Einwohnern des Landes 125 und von 1 000 weiblichen Einwohnern 46 Mitglieder eines Turn- und Sportvereins. 45% der Mitglieder waren Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren und 55% waren Erwachsene.

Angaben darüber, wie sich die Mitglieder auf die einzelnen Fachverbände verteilen, liegen nur für den Landessportverband Schleswig-Holstein vor. Ein Blick auf diese Zahlen zeigt, daß Anfang 1960 die Sparten Turnen und Fußball weitaus die meisten Anhänger hatten. Hierbei stand Fußball bei den männlichen Mitgliedern an der Spitze aller Sportarten. Die Hauptsportart für Frauen und Mädchen war Turnen. Neben Turnen mit fast 60 000 Mitgliedern und

Turn- und Sportvereine und ihre Mitglieder in Schleswig-Holstein am 1. Januar 1960

Sportbund	Ver-eine	Mit-glieder	davon			
			Jugendliche		Erwachsene	
			männ-lich	weib-lich	männ-lich	weib-lich
Landessportverband Schleswig-Holstein e.V.	850	175 577	46 845	32 827	77 311	18 594
<i>Ausgewählte Sportarten:</i>						
Turnen	.	59 524	17 160	24 482	10 084	7 798
Fußball	.	42 458	17 859	-	24 599	-
Leichtathletik	.	16 116	5 860	4 888	4 012	1 356
Handball	.	15 658	5 772	2 646	5 663	1 577
Tischtennis	.	10 055	3 137	1 363	4 231	1 324
Schwimmen	.	7 274	2 917	2 362	1 322	673
Hamburger Sport-Bund e.V. ¹	40	14 723	4 212	2 538	6 252	1 721

1) alle angeschlossenen Turn- und Sportvereine mit Sitz in Schleswig-Holstein

Quellen: Landessportverband Schleswig-Holstein e.V. und Hamburger Sport-Bund e.V.

Fußball mit rund 42 000 Mitgliedern hatten noch die Fachverbände Leichtathletik, Handball und Tischtennis mehr als 10 000 Mitglieder.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Vergleiche auch: "Turnen und Sport in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1957, S. 215 (Juli)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe*	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1000	2 598	2 284	2 289	2 289	2 289	2 304	2 306
darunter										
Vertriebene ¹⁾										
*Anzahl	1000	856 ^a	641	642	642	641	644	644
in % der Wohnbevölkerung		33	28	28	28	28	28	28
Zugewanderte ²⁾										
*Anzahl	1000	134 ^a	148	149	150	150	154	154
in % der Wohnbevölkerung		5	6	7	7	7	7	7
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ³⁾										
*Anzahl		2 078	1 746	1 296	1 820	1 466	3 106	1 558	1 833	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,2	6,9	9,4	7,8	15,9	8,2	9,7	...
Lebendgeborene ⁴⁾										
*Anzahl		3 448	3 059	3 079	2 968	2 787	3 077	3 374	3 094	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,9	16,1	16,4	15,3	14,8	15,7	17,8	16,3	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 059	2 173	1 943	2 154	2 208	2 052	1 896	2 231	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	11,4	10,3	11,1	11,7	10,5	10,0	11,8	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		172	97	83	87	81	86	82	96	...
*je 100 Lebendgeborene		5,0	3,2	2,7	2,9	2,9	2,8	2,4	3,1	...
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben										
*Anzahl		+1 389	+ 886	+1 136	+ 814	+ 579	+1 025	+1 478	+ 863	...
*auf 1 000 Einw. und 1 Jahr		+ 6,4	+ 4,7	+ 6,0	+ 4,2	+ 3,1	+ 5,2	+ 7,8	+ 4,6	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		2 173	1 565	1 484	1 953	1 512	1 271	1 310
Zugewanderte		.	1 054	883	1 202	1 055	953	986
*Fortzüge über die Landesgrenze										
darunter										
Vertriebene		9 662	1 785	1 603	2 363	1 953	1 447	1 368
Zugewanderte		.	760	755	1 067	876	633	816
*Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)										
darunter										
Vertriebene		-7 489	- 220	- 119	- 410	- 441	- 176	- 58
Zugewanderte		.	+ 294	+ 128	+ 135	+ 179	+ 320	+ 170
*Umzüge innerhalb des Landes ⁶⁾										
Wanderungsfälle ⁶⁾										
Anzahl		31 221	22 712	20 490	29 647	23 873	19 229	19 918
auf 1 000 Einw. und 1 Jahr ⁷⁾		198	172	154	218	184	137	148
Umsiedler										
davon nach										
Nordrhein-Westfalen		511	298	246	200	263	184	146	177	180
Baden-Württemberg		2 602	37	24	16	43	29	41	28	36
Rheinland-Pfalz		2 928	8	21	21	8	14	2	1	3
Hessen		238	5	29	10	28	11	9	16	17
Hamburg		41	203	162	269	120	110	113	65	51
Bremen		9	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ⁸⁾	1000	624 ⁺	748 ⁺	770	.	.	.	791	.	.
darunter *Männer	1000	429 ⁺	503 ⁺	519	.	.	.	530	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1000	210	38	17	19	23	11	11	12	14
je 100 Arbeitnehmer		25,2	4,8	2,2	2,4	2,9	1,3	1,4	1,5	1,7
und zwar										
*Männer	1000	146 ^c	24	9	10	13	6	6	6	7
Vertriebene	1000	119 ^c	10	5	.	.	.	3	.	.

) Die mit einem vorangestellten Stern () versehenen Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
+ = Vierteljahresdurchschnitt

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) nach dem Ereignisort 4) nach der Wohngemeinde der Mütter 5) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 6) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 7) unter Berücksichtigung des gesamten Wanderungsvolumens (Zu- und Fortzüge innerhalb des Landes und über die Landesgrenze) 8) Arbeiter, Angestellte und Beamte

a) am 13.9.1950 b) ohne Anrechnungsfälle c) Vertriebene und Zugewanderte

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
			Monats-Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1000	999 ^d	1 196 ^d
darunter *Milchkühe	1000	458 ^d	441 ^d
*Schweine	1000	1 031 ^d	1 328 ^d	1 346	.	.	.	1 424	.	.
darunter *Zuchtsauen	1000	107 ^d	135 ^d	138	.	.	.	154	.	.
darunter *trächtig	1000	68 ^d	86 ^d	87	.	.	.	97	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 St	7	16	23	36	24	19	24	29	27
*Kälber	1000 St	14	5	2	4	5	3	3	4	6
*Schweine	1000 St	45	79 ^a	66	70	95	86	73	88	107
darunter *Hausschlachtungen	1000 St	18 ^a	13 ^a	1	5	26	1	1	5	23
*Gesamtschlachtgewicht ⁹⁾ (einschl. Schlachtfette)	1000 t	5,0	9,7	11,0	14,6	12,1	11,7	11,6	13,9	13,2
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1000 t	1,6	3,4	4,8	8,3	5,3	4,0	5,0	6,3	5,4
*Schweine	1000 t	2,6	5,9	5,8	5,9	6,4	7,3	6,2	7,2	7,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	226	223	214	235	238	207	214	223	224
*Kälber	kg	26	51	59	46	44	62	58	53	47
*Schweine	kg	98	89	90	90	92	86	86	86	87
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1000 t	130	140	104	91	107	138	104	93	104
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	9,9	10,8	8,1	6,9	8,4	10,1	7,8	6,8	7,9
*Milchanlieferung an Molkereien										
in % der Gesamterzeugung	%	86	88	88	85	85	91	88	86	85
INDUSTRIE¹⁰⁾										
*Beschäftigte	1000	109	162	166	167	166	171	172	172	173
darunter *Arbeiter ¹¹⁾	1000	91	133	137	138	137	140	142	142	142
*Geleistete Arbeiterstunden ¹²⁾	1000	18 055	23 878	25 088	26 060	24 591	25 091	25 954	25 388	25 845
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	20,4	55,0	56,9	58,5	57,5	66,1	65,8	64,0	66,9
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	5,6	17,5	17,5	17,7	18,5	19,4	20,1	20,5	21,5
*Brennstoffverbrauch	1000 SKE ¹³⁾	81	60	57	69	68	64	66	75	70
Gasverbrauch	1000 Nm ³	.	10 167	9 711	10 110	10 381	12 293	12 362	11 949	11 496
Heizölverbrauch	1000 t	.	41	42	47	49	44	45	52	52
*Stromverbrauch	Mill. kWh	30	76	79	83	84	85	86	92	90
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	11	20	19	26	26	21	21	27	28
*Umsatz ¹⁴⁾	Mill. DM	201	504	529	513	540	582	598	563	595
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	10	70	65	40	92	118	103	68	97
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion										
einschl. Energie und Bau	1950=100	115 ^g	236	252	251	262	253	266	272	...
darunter Erzeugnisse des/der Erdölgewinnung		107	599	618	601	599	622	654	669	680
Industrie der Steine und Erden		111	224	283	267	239	267	284	r 265	250
Hochofen- und Stahlwerke		106	107	113	110	106	158	163	158	142
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		99	116	130	130	135	124	169	141	161
Mineralölverarbeitung		117	892	1 130	890	761	1 119	1 081	1 079	987
Gummi- und Asbestverarbeitung		122	839	867	835	968	921	1 010	1 053	1 112
Sägewerke und Holzbearbeitung		94	96	103	104	104	110	120	110	110
papierherzeugenden Industrie		102	272	273	275	305	301	303	318	316
Schiffbaues		126	322	309	299	311	281	r 331	332	352
Maschinenbaues		134	245	267	277	257	256	271	241	261
elektrotechnischen Industrie		144	506	581	519	565	563	r 709	752	752
feinmechanischen und optischen Industrie		159	654	719	691	763	671	r 615	r 605	967
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie										
(einschl. Sportwaffen)		119	189	204	203	240	221	242	228	243
ledererzeugenden Industrie		97	113	115	110	122	76	90	r 97	111
Schuhindustrie		102	196	198	202	240	226	238	242	257
Textilindustrie		118	173	195	192	206	205	218	213	223
Bekleidungsindustrie		115	121	141	142	126	120	143	r 149	156
Fleischwarenindustrie		137	178	193	194	215	184	187	171	199
fischverarbeitenden Industrie		143	222	289	285	261	233	240	r 218	197
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		102	117	81	69	95	106	80	74	87
tabakverarbeitenden Industrie		114	254	248	239	241	243	240	251	261
Bauproduktion		92	208	240	227	238	229	238	229	...

9) gewerbliche Schlachtungen 10) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 11) einschl. gewerblicher Lehrlinge 12) einschl. Lehrlingsstunden 13) eine Steinkohleeinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts; = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle 14) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren d) Dezember e) Winterhalbjahr 1950/51 = 35 f) Winterhalbjahr 1959/60 = 24 g) hier und bei allen folgenden Industriegruppen: 1951

nod: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto) der öffentlichen Kraftwerke	Mill. kWh	66	111	116	123	124	137	129	141	...
*Stromverbrauch 15)	Mill. kWh	70	154	152	166	171	172	176	190	...
*Gaserzeugung (brutto) der öffentlichen Werke 16)	Mill. cbm	11	17	15	17	17	16	17	18	...
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN										
Bauhauptgewerbe 17)										
*Beschäftigte		39 835	58 209	63 376	63 139	62 040	p62469	p61930	61 148	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 800	9 499	11 224	10 937	10 203	p10428	p10473	10 091	...
darunter *für Wohnungsbauten	1000	3 278	4 537	5 244	5 034	4 712	p4 526	p4 444	4 306	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	8,5	24,9	29,9	29,7	27,8	p 31,5	p 31,5	30,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	0,5	1,6	1,6	1,6	1,7	p 1,8	p 1,8	1,8	...
*Umsatz	Mill. DM	24,3	79,5	92,6	100,8	88,9	p103,0	p 98,8	100,4	...
Baugenehmigungen 18)										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) 19)		726	1 060	1 364	984	1 165	1 416	1 158	1 058	921
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		347	521	619	633	537	368	279	319	319
Veranschlagte reine Baukosten 19)										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	22,2	71,1	82,9	64,8	89,1	102,5	84,2	85,8	79,8
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	16,9	52,0	65,6	46,8	69,5	77,7	63,3	61,1	59,3
*Umbauter Raum in allen Gebäuden 19)										
(ohne Gebäudeteile)	1000 cbm	757	1 184	1 357	1 118	1 409	1 577	1 298	1 264	1 169
darunter *in Wohngebäuden	1000 cbm	536	798	899	681	1 033	1 117	892	846	832
*Wohnungen 20)										
darunter *in ganzen Wohngebäuden		2 306	2 382	2 809	2 012	3 124	3 386	2 480	2 571	2 439
		2 061	2 149	2 570	1 762	2 939	3 099	2 251	2 360	2 235
Baufertigstellungen										
Wohnungen 21)		1 478	2 107	2 194	2 394	2 342	2 299	2 157	2 028	2 198
Wohnräume 22)		4 926	8 309	8 828	9 373	9 265	9 104	8 848	8 244	8 892
HANDEL										
*Index der Einzelhandelsumsätze	1959=100	.	100	94	103	98	108	102	108	110
davon										
*Nahrungs- und Genußmittel		.	100	97	103	95	110	102	103	102
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		.	100	79	105	107	88	93	122	127
*Hausrat und Wohnbedarf		.	100	97	105	111	112	104	113	131
*Sonstige Waren		.	100	100	101	95	108	103	105	107
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	824	1 538	415	608	12 339	459	405	795	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 309	1 526	1 344	1 144	722	485	766	729	...
Handel mit Berlin [West]										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1000 DM	1 861	11 742	11 135	14 136	15 028	16 069	16 010	15 231	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1000 DM	13 045	34 061	38 492	40 113	41 223	29 577	37 296	37 446	...
*Ausfuhr nach Warengruppen 23)										
davon Güter der	Mill. DM	7,2	76,3	72,7	89,2	112,0	148,8	91,2	110,2	...
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	0,7	6,7	6,9	7,7	9,7	7,5	9,4	8,2	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	6,5	69,6	65,8	81,6	102,3	141,2	81,8	102,0	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	0,2	2,5	2,9	3,1	2,3	2,5	2,8	3,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	2,3	5,8	5,2	7,8	6,0	4,3	9,4	10,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	4,0	61,3	57,6	70,7	94,0	134,4	69,6	88,5	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	0,5	2,9	2,9	3,6	3,0	3,0	3,1	3,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	3,5	58,3	54,7	67,1	91,1	131,4	66,5	84,6	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern 23)										
Norwegen	Mill. DM	0,3	13,3	28,5	0,9	1,1	28,3	1,6	30,6	...
Ägypten	Mill. DM	0,0	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,5	12,9	...
Griechenland	Mill. DM	0,4	0,4	0,2	1,0	0,2	0,4	0,2	9,2	...
Dänemark	Mill. DM	0,8	7,8	4,3	6,7	27,3	10,7	8,6	7,9	...
Niederlande	Mill. DM	0,6	7,4	3,9	19,3	11,6	17,8	4,5	6,4	...
Italien	Mill. DM	0,2	2,0	2,7	2,6	2,3	5,0	4,8	4,6	...
Schweden	Mill. DM	0,6	7,2	2,4	4,7	29,4	2,6	6,6	4,5	...
Großbritannien	Mill. DM	0,1	7,0	3,5	25,7	3,0	61,8	4,6	3,6	...
VERKEHR										
Seeschifffahrt 24)										
Güterempfang	1000 t	141	391	460	409	366	573	513	536	...
Güterversand	1000 t	86	109	138	124	103	163	177	154	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1000 t	.	118	127	126	134	154	129	180	167
*Güterversand	1000 t	.	217	300	264	214	275	279	297	285

15) einschl. Verluste 16) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases 17) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 18) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 19) bis 1955: Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude; ab 1956: nur Neubau und Wiederaufbau 20) 1950 bis 1955; Normal- und Notwohnungen; ab 1956; nur Normalwohnungen 21) 1950: Normal- und Notbau; ab 1956; Normalbau 22) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen 23) 1960 = vorläufige Zahlen 24) Monatsangaben 1959/60 = vorläufige Zahlen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
noch: VERKEHR										
Nord-Ostsee-Kanal ²⁵⁾										
Schiffsverkehr										
Schiffe		3 939	6 120	7 302	6 962	6 171	7 817	7 481	6 837	6 428
darunter deutsche	%	64,0	65,9	66,7	65,6	63,6	67,4	66,0	64,9	63,3
Raumgehalt	1000 NRT	1 481	3 011	3 316	3 398	3 371	3 688	3 474	3 495	3 776
darunter deutscher Anteil	%	23,3	30,4	32,2	30,8	28,0	30,7	31,4	30,9	27,6
Güterverkehr	1000 t	2 492	4 165	4 825	4 824	4 889	5 221	5 052	5 063	5 331
und zwar										
auf deutschen Schiffen	%	20,1	32,6	34,5	33,2	30,0	33,2	33,8	33,3	32,1
Richtung West-Ost	1000 t	1 122	2 073	2 095	2 421	2 599	2 331	2 305	2 478	2 716
Richtung Ost-West	1000 t	1 371	2 091	2 530	2 403	2 390	2 890	2 746	2 585	2 615
*Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		1 244	3 581	3 792	3 886	2 947	3 490	3 725	3 521	...
darunter										
*Krafträder (einschl. Motorroller)		449	179	121	94	52	163	110	65	...
*Personenkraftwagen		398	2 457	2 492	2 764	2 054	2 404	2 736	2 535	...
*Kombinationskraftwagen		.	179	181	178	165	134	102	132	...
*Lastkraftwagen		247	295	334	313	286	364	334	347	...
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle		826	2 750	2 955	3 097	2 679	4 150	3 417	3 605	p3 733
davon										
*mit Personenschaden		417	1 016	1 234	1 179	935	1 438	1 328	1 209	p1 189
*nur mit Sachschaden		409	1 733	1 721	1 918	1 744	2 712	2 089	2 396	p2 544
*Getötete Personen ²⁶⁾		17	42	59	73	56	64	50	53	p 57
*Verletzte Personen		493	1 277	1 536	1 474	1 151	1 825	1 673	1 517	p1 439
Fremdenverkehr ²⁷⁾										
*Fremdenmeldungen	1000	44 ^h	124 ^h	133	81	61	286	135	85	68
darunter *Auslandsgäste	1000	2 ^h	16 ^h	18	10	6	39	18	10	6
*Fremdenübernachtungen	1000	221 ^h	784 ^h	846	278	197	2 714	808	308	213
darunter *Auslandsgäste	1000	5 ^h	35 ^h	37	17	11	86	36	17	11
GELD UND KREDIT										
Kreditinstitute (ohne LZB)										
*Kredite an Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	741 ⁱ	3 638 ⁱ	3 491	3 531	3 584	4 016	4 040	4 076	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	441 ⁱ	1 038 ⁱ	1 017	1 014	1 009	1 187	1 196	1 194	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	428 ⁱ	1 032 ⁱ	1 015	1 006	1 001	1 181	1 192	1 191	...
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	299 ⁱ	2 600 ⁱ	2 474	2 517	2 575	2 829	2 843	2 881	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	263 ⁱ	2 232 ⁱ	2 132	2 167	2 212	2 433	2 445	2 478	...
*Einlagen von Nichtbanken ²⁸⁾	Mill. DM	408 ⁱ	2 458 ⁱ	2 402	2 388	2 416	2 670	2 648	2 700	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	277 ⁱ	1 163 ⁱ	1 184	1 147	1 159	1 238	1 200	1 234	...
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	231 ⁱ	922 ⁱ	948	936	922	978	954	995	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	131 ⁱ	1 294 ⁱ	1 218	1 241	1 257	1 432	1 448	1 466	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	94 ⁱ	864 ⁱ	818	833	843	958	970	982	988
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	9	65	58	63	62	68	62	68	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	7	46	38	41	46	49	46	49	...
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		23	8	8	5	10	5	2	12	7
*Vergleichsverfahren (eröffnete)		8	3	5	3	-	2	1	1	2
Wechselproteste	Anzahl	682	695	661	702	651	798	768	740	...
Wert	1000 DM	517	467	415	491	329	501	507	532	...
STEUERN ²⁹⁾										
*Landssteuern	1000 DM	14 273	38 559	58 514	27 812	29 243	33 803	74 091	35 711	33 696
darunter										
*Vermögensteuer	1000 DM	288	1 701	333	330	4 014	3 818	587	954	4 674
*Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	1 210	4 166	4 023	4 193	3 468	4 472	4 718	4 983	4 425
*Biersteuer	1000 DM	248	492	747	627	495	663	602	640	523
*Bundessteuern	1000 DM	44 667	107310	121662	111111	103778	105820	127187	116548	106779
darunter										
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1000 DM	14 580	32 748	33 245	35 792	35 689	36 047	38 308	39 760	37 591
*Beförderungsteuer	1000 DM	281	1 139	1 243	1 293	1 207	1 304	1 328	1 410	1 280
*Zölle	1000 DM	1 381	8 277	7 876	9 859	8 360	9 799	7 213	9 659	8 855
*Verbrauchssteuern	1000 DM	27 474	48 928	51 565	53 079	48 157	46 798	44 924	51 350	47 378
darunter *Tabaksteuer	1000 DM	22 295	36 792	39 622	39 368	36 623	36 581	34 336	35 824	35 414
*Notopfer Berlin ³⁰⁾	1000 DM	951	206	143	157	104	95	72	73	47
außerdem *Lastenausgleichsabgaben ³¹⁾	1000 DM	5 569	7 061	2 649	7 494	12 438	8 593	1 596	4 113	12 146

25) ab 1956 ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 26) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 27) ab August 1960 = vorläufige Zahlen 28) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 29) Rechnungsjahr 30) ohne Abgabe auf Postsendungen 31) 1950: nur Soforthilfe-Abgaben h) 1950: Angaben aus 110 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr (April bis September) Mts. - Ø 61 000 Fremdenmeldungen mit 377 000 Übernachtungen; ab 1955 Angaben aus 165 Berichtsgemeinden, ab April 1960 aus 163 Berichtsgemeinden; für das Sommerhalbjahr 1959 Mts. - Ø 188 000 Fremdenmeldungen mit 1 370 000 Übernachtungen i) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

Art der Angabe	Einheit	1950	1959	1959			1960			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ³²⁾	1000 DM	11 560	45 752	78 830	31 233	29 321	33 649	100979	40 842	33 224
davon										
*Lohnsteuer	1000 DM	3 467	15 916	17 561	20 936	17 862	22 237	25 880	27 284	23 801
*Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	6 264	21 988	44 066	9 343	9 937	8 686	55 650	10 679	7 851
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1000 DM	69	558	31	216	99	1 027	450	283	130
*Körperschaftsteuer	1000 DM	1 760	7 289	17 172	738	1 424	1 700	18 999	2 596	1 443
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1000 DM	26 416 ⁺	66 772 ⁺	66 373 ^{j)}	.	.	.	78 249 ^{j)}	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1000 DM	6 231 ⁺	6 795 ⁺	6 962 ^{j)}	.	.	.	6 844 ^{j)}	.	.
*Grundsteuer B	1000 DM	9 320 ⁺	11 959 ⁺	11 865 ^{j)}	.	.	.	12 360 ^{j)}	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1000 DM	9 066 ⁺	43 649 ⁺	43 158 ^{j)}	.	.	.	54 096 ^{j)}	.	.
*Lohnsummensteuer	1000 DM	1 789 ⁺	4 369 ⁺	4 388 ^{j)}	.	.	.	4 949 ^{j)}	.	.
*Sonstige Steuern	1000 DM	3 335 ⁺	6 244 ⁺	6 292 ^{j)}	.	.	.	6 668 ^{j)}	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950=100	100	97	98	99	100	97	97	97	p 97
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950=100	100	132	132	133	134	130	130	130	p 130
Erzeugerpreise industrieller Produkte	1950=100	100	124	124	124	125	126	127	127	127
landwirtschaftlicher Produkte	1950/51=100	100 ^{k)}	137 ^{m)}	137	138	139	127	126	p 123	p 123
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1954=100	.	122	.	.	125	132	.	.	p 134
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1950/51=100	100 ^{k)}	131 ^{m)}	131	130	131	133	132	131	p 131
Einzelhandelspreise	1950=100	100	112	112	112	113	112	112	112	113
Preisindex für die Lebenshaltung ³³⁾	1950=100	100	121	121	123	123	123,2	123,0	122,5	123,2
darunter										
Ernährung	100	100	128	129	131	133	128,6	127,0	125,4	126,1
Wohnung	100	100	122	123	123	123	135,0	138,7	139,9	139,9
Heizung und Beleuchtung	100	100	144	145	146	146	147,1	147,8	149,2	149,8
Bekleidung	100	100	105	105	106	106	107,1	107,3	107,6	107,9
Hausrat	100	100	112	112	112	112	112,4	113,2	114,4	114,9
LÖHNE UND GEHALTER ³⁴⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ³⁵⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	64,16	122,19	.	.	124,98	136,93
darunter Facharbeiter	DM	68,90	130,07	.	.	133,58	145,80
*weiblich	DM	37,09	72,36	.	.	75,32	79,93
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	130,4	257,4	.	.	265,5	287,5
darunter Facharbeiter	Pf	139,8	272,6	.	.	281,2	305,0
*weiblich	Pf	80,8	164,1	.	.	168,8	182,9
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	49,2	47,5	.	.	47,1	47,6
*weiblich	Std.	45,9	44,1	.	.	44,6	43,7
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	.	44,1	.	.	44,6	43,9
*weiblich	Std.	.	41,1	.	.	42,2	40,5
Angestelltenverdienste ³⁵⁾										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	620	.	.	644	673
*weiblich	DM	.	401	.	.	414	430
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	723	.	.	747	769
*weiblich	DM	.	415	.	.	438	451
im Handel ³⁶⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	572	.	.	588	621
*weiblich	DM	.	346	.	.	355	372
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	590	.	.	609	676
*weiblich	DM	286	288
in Industrie ³⁵⁾ und Handel ³⁶⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	.	587	.	.	605	636
*weiblich	DM	.	362	.	.	372	389
technische Angestellte										
*männlich	DM	.	716	.	.	740	763
*weiblich	DM	.	411	.	.	430	444

+ = Vierteljahresdurchschnitt

32) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 33) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltungen; mittlere Verbrauchergruppe mit monatlich rund 300 DM Lebenshaltungsausgaben bzw. 360 DM Haushaltseinkommen. Die Preise im Saarland sind ab Januar 1960 in der Bundesdurchschnittsberechnung mit berücksichtigt 34) Effektivverdienste; Zahlen ab 1957 wegen methodischer Umstellung mit früheren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar; 1950 und 1959 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 35) einschl. Baugewerbe 36) Handel, Geld- und Versicherungswesen j) 1.7. - 30.9. k) Wirtschaftsjahr 1950/51 (Juli - Juni) m) Wirtschaftsjahr 1959/60 (Juli - Juni)

Jahreszahlen A*

Art der Angabe	Zeit 1)	Einheit	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT												
Wohnbevölkerung	JD	1000	2 598	2 505	2 439	2 365	2 305	2 271	2 253	2 258	2 269	2 284
darunter												
Vertriebene ²⁾ in % der Wohnbevölkerung			35,1	33,5	30,9	29,5	28,3	27,8	27,7	28,2	28,2	28,1
Zugewanderte ²⁾ in % der Wohnbevölkerung			4,0	4,0	5,4	5,5	5,7	5,8	6,0	6,2	6,3	6,5
Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	JS	1000	+ 17	+ 13	+ 11	+ 10	+ 7	+ 7	+ 7	+ 7	+ 8	+ 11
Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	JS	1000	- 108	- 84	- 73	- 90	- 49	- 34	- 13	+ 6	+ 3	+ 3
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾	30. 9.	1000	650	633	653	667	683	716	741	757	772	770
darunter in den Wirtschaftsbereichen												
Land- und Forstwirtschaft	30. 9.	1000	104	97	95	92	88	86	81	78	72	56
Industrie und Handwerk (einschl. Bau)	30. 9.	1000	260	249	264	279	294	318	334	346	355	360
Handel und Verkehr	30. 9.	1000	121	123	130	134	140	148	158	163	171	177
Arbeitslose	30. 9.	1000	178	157	119	90	75	57	45	34	27	17
je 100 Arbeitnehmer	30. 9.		21,5	19,9	15,4	11,9	9,9	7,4	5,7	4,3	3,4	2,2
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen	Mal	1000	480	448	418	394	368	353	337	323	314	306
je 1 000 Einwohner	Mal		182	177	169	164	158	154	148	143	138	134
VOLKSEINKOMMEN												
Brutto-Inlandsprodukt ⁴⁾	JS	Mill. DM	3 607	4 146	4 574	4 827	5 092	5 642	6 178	6 775	7 219	s 7900
je Einwohner		DM	1 387	1 648	1 875	2 041	2 210	2 486	2 743	3 000	3 182	s 3500
LANDWIRTSCHAFT												
Viehbestand												
Pferde	3. 12.	1000	167	148	134	122	107	99	87	80	72	58
Rinder	3. 12.	1000	999	994	1 045	1 053	1 061	1 040	1 072	1 094	1 129	1 196
darunter												
Milchkühe	3. 12.	1000	458	454	453	462	451	429	431	431	426	441
Schweine	3. 12.	1000	1 031	1 122	1 122	1 036	1 196	1 184	1 210	1 298	1 279	1 328
Schafe	3. 12.	1000	129	130	129	123	114	112	112	116	119	113
Hühner ⁵⁾	3. 12.	1000	3 827	3 679	3 570	3 791	3 716	3 476	3 493	3 486	3 522	3 623
Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾												
Rinder	JS	1000	164	203	188	240	250	253	229	280	293	295
Schweine	JS	1000	818	1 164	1 251	1 238	1 276	1 455	1 441	1 675	1 745	1 725
Milcherzeugung												
Kuhmilcherzeugung	JS	1000 t	1 562	1 607	1 544	1 673	1 648	1 577	1 586	1 662	1 699	1 682
Milchleistung je Kuh und Jahr		kg	3 610	3 546	3 468	3 712	3 634	3 554	3 711	3 857	3 946	3 951
INDUSTRIE ⁷⁾												
Beschäftigte	JD	1000	109	115	119	126	136	148	158	164	164	162
je 1 000 Einwohner			42	46	48	53	58	64	70	73	72	71
Löhne (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	245	301	334	378	424	488	534	581	638	659
Gehälter (Bruttosumme)	JS	Mill. DM	88	80	92	103	117	134	156	173	197	210
Umsatz ⁸⁾	JS	Mill. DM	2 416	3 054	3 212	3 371	3 747	4 223	4 840	5 363	5 744	6 053
darunter												
Auslandsumsatz	JS	Mill. DM	115	258	322	363	551	581	627	766	782	840
Index der industriellen Produktion												
einschl. Energie und Bau		1950=100	100	115	123	141	163	182	197	214	224	236
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN												
Baugenehmigungen												
Wohnungen	JS	1000	27,7	19,8	21,0	22,6	21,8	24,7	22,3	23,4	25,3	28,6
darunter												
in ganzen Wohngebäuden	JS	1000	24,7	17,4	18,6	20,4	19,5	22,2	19,8	20,9	22,5	25,8
Baufertigstellungen												
Wohnungen												
Anzahl	JS	1000	17,7	20,2	17,9	20,7	19,9	18,3	23,0	21,8	18,4	25,3
je 1 000 Einwohner			6,9	8,1	7,4	8,8	8,6	8,0	10,1	9,7	8,1	11,0
Anteil des sozialen Wohnungsbaues	JS	%	.	.	.	70,8	67,1	56,4	58,7	63,2	49,5	53,2
Wohnräume ⁹⁾												
Anzahl	JS	1000	59,1	59,5	60,5	69,4	69,9	67,9	83,9	79,5	72,8	99,7
je 1 000 Einwohner			23,1	27,9	25,0	29,6	30,3	29,8	37,0	35,3	32,0	43,5
Bestand an												
Wohnungen	31. 12.	1000	461,4	483,2	500,6	520,2	539,0	564,2	585,5	605,9	623,4	647,1
Wohnräumen ⁹⁾	31. 12.	1000	1 853	1 929	1 987	2 055	2 122	2 104	2 184	2 262	2 334	2 431

*) erscheint im monatlichen Wechsel mit B unter Tab. "Monats- und Vierteljahreszahlen" 1) JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr 2) Definitionen siehe 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) von Scheingewinnen bzw. -verlusten bereinigt 5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 6) gewerbl. und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

KREISZAHLEN

Kreisfreie Stadt Landkreis	Wohnbevölkerung am 30. 9. 1960					Arbeitslose am 30. 9. 1960	Gesamtaufwand der öffentlichen Fürsorge ³⁾ im Rj. 1959 in DM je Einw.
	insgesamt	darunter Vertriebene ¹⁾		Veränderung in % gegenüber Volkszählung			
		Anzahl	in %	1939 ²⁾	1950 ²⁾		
Flensburg	97 664	23 808	24	+ 38	- 5	788	33,87
Kiel	270 778	59 961	22	- 2	+ 5	2 030	33,69
Lübeck	231 999	75 642	33	+ 50	- 3	1 598	35,35
Neumünster	73 328	20 954	29	+ 36	- 0	374	27,58
Eckernförde	65 319	20 239	31	+ 55	- 23	307	36,35
Eiderstedt	19 162	3 543	18	+ 27	- 27	52	27,14
Eutin	89 680	31 148	35	+ 74	- 16	569	30,50
Flensburg-Land	63 806	14 242	22	+ 43	- 19	342	23,62
Hzgt. Lauenburg	130 051	45 444	35	+ 79	- 13	355	26,08
Husum	62 423	11 340	18	+ 31	- 20	284	24,85
Norderdithmarschen	57 469	14 314	25	+ 30	- 26	295	27,89
Oldenburg (Holstein)	78 745	23 143	29	+ 49	- 21	687	23,85
Pinneberg	213 292	66 070	31	+ 91	+ 7	481	21,34
Plön	108 406	29 750	27	+ 61	- 13	570	25,35
Rendsburg	156 188	43 122	28	+ 59	- 15	875	26,00
Schleswig	98 331	21 799	22	+ 27	- 23	330	27,85
Segeberg	93 222	28 752	31	+ 73	- 16	174	22,50
Steinburg	122 642	35 958	29	+ 42	- 21	240	28,16
Stormarn	141 565	46 615	33	+ 109	- 3	375	22,17
Süderdithmarschen	71 901	16 989	24	+ 33	- 27	155	26,22
Südtondern	59 871	11 178	19	+ 29	- 17	122	22,66
Schleswig-Holstein	2 305 842	644 011	28	+ 45	- 11	11 003	39,65

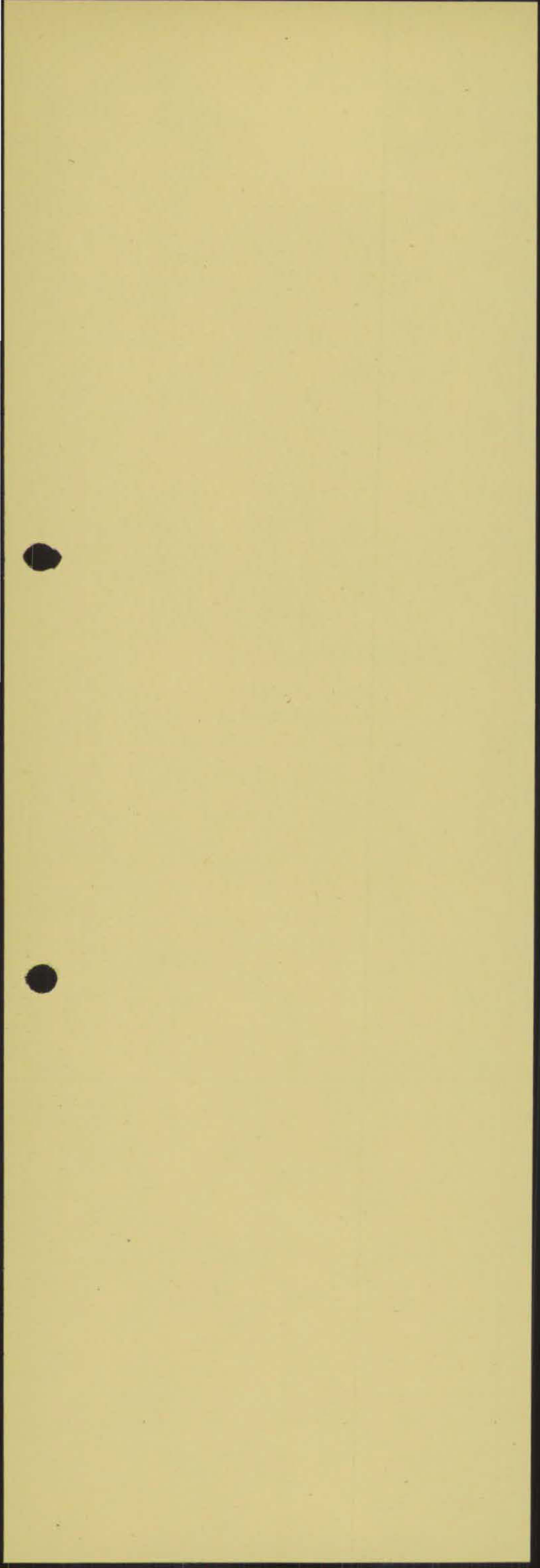
Kreisfreie Stadt Landkreis	Einnahmen aus Gemeindesteuern im 1. Rhj. 1960 in 1 000 DM	Schlüsselzuweisungen an Landkreise und Gemeinden im Rj. 1960 in 1 000 DM	Industrie ⁴⁾		Straßenverkehrsunfälle im 3. Vj. 1960		
			Beschäftigte am 30. 11. 1960	Umsatz ⁵⁾ in Mill. DM im Nov. 1960	Unfälle	Getötete ⁶⁾	Verletzte
Flensburg	8 472	1 984	7 509	20,6	584	6	218
Kiel	24 547	4 300	34 443	69,6	1 489	9	641
Lübeck	26 437	2 865	35 255	121,0	1 369	11	635
Neumünster	6 648	815	12 962	26,9	472	2	199
Eckernförde	2 871	2 691	1 724	4,1	323	2	167
Eiderstedt	1 236	628	359	1,8	66	-	27
Eutin	5 812	3 562	4 198	16,7	557	11	287
Flensburg-Land	2 130	3 622	899	2,1	284	4	134
Hzgt. Lauenburg	7 357	4 360	9 176	20,6	544	6	291
Husum	3 353	2 250	904	2,2	293	3	149
Norderdithmarschen	3 252	1 831	907	2,3	229	6	114
Oldenburg (Holstein)	4 563	2 414	1 296	4,4	463	6	238
Pinneberg	16 822	4 964	19 199	77,3	882	13	440
Plön	4 856	4 320	1 829	8,1	487	10	249
Rendsburg	8 213	4 768	9 941	26,5	779	12	319
Schleswig	4 905	3 591	3 940	30,6	505	8	166
Segeberg	4 281	3 232	4 437	14,3	476	15	317
Steinburg	9 279	2 529	9 528	37,0	521	9	265
Stormarn	10 131	3 681	7 786	79,5	659	16	327
Süderdithmarschen	4 397	1 880	5 000	25,3	216	8	91
Südtondern	4 184	2 744	1 224	3,9	367	3	134
Schleswig-Holstein	163 747	63 031	172 516	594,9	11 565	160	5 408

1) Vertriebene sind Deutsche, die am 1. 9. 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. 12. 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 2) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1960 3) einschl. Tbc-Hilfe 4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 5) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 6) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württbg.	Bayern	Saar- land
Bevölkerung												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung ¹ in 1000	30.9.1960	53 601	2 306	1 834	6 571	701	15 800	4 765	3 406	7 697	9 466	1 057
darunter												
Vertriebene ² in % der jew. Wohnbevölkerung	"	18 ^a	28	14	26	16	16	19	9	18	19	.
Zugewanderte ³ in % der jew. Wohnbevölkerung	"	7 ^a	7	9	8	8	7	7	5	6	4	.
Veränderung in %												
30.9.1960 geg. VZ 1939	"	+ 33	+ 45	+ 7	+ 45	+ 25	+ 32	+ 37	+ 15	+ 41	+ 34	+ 19
30.9.1960 geg. 31.12.1950	"	+ 11	- 9	+ 16	- 2	+ 27	+ 21	+ 11	+ 14	+ 21	+ 4	+ 11
Bevölkerungsdichte ⁴ , Einwohner je qkm	"	216	147	2 454	139	1 736	465	226	172	215	134	412
Unterricht, Bildung und Kultur												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1000	Mai 1959 ⁵	6 284	306	192	813	84	1 810	557	412	846	1 134	130
je 1000 Einwohner	"	119	134	106	125	124	117	120	123	113	122	126
Arbeit												
Beschäftigte Arbeitnehmer ⁶ in 1000	30.9.1960	20 377	791	820	2 371	298	6 550	1 740	1 131	2 974	3 350	353
Arbeitslose in 1000	30.11.1960	136	14	5	24	4	36	7	6	5	34	2
je 100 Arbeitnehmer ⁷	"	0,7	1,7	0,6	1,0	1,4	0,5	0,4	0,5	0,2	1,0	0,6
Arbeitslose Vertriebene in % aller Arbeitslosen des betr. Landes	30.9.1960	14,7	27,3	6,5	23,0	8,4	8,1	14,6	8,1	14,5	17,9	7,1
Volkseinkommen												
Brutto-Inlandsprodukt ^{1, 8} in Mrd. DM	1958	228,5 ^a	7,2	14,6	23,9	4,2	75,4	19,4	11,3	32,8	33,9	.
	1959	247,5 ^a	7,9	16,0	26,0	4,5	79,7	21,1	12,2	35,4	36,8	.
in DM je Einwohner	1958	4 469 ^a	3 182	8 118	3 678	6 326	4 917	4 190	3 396	4 446	3 667	.
	1959	4 783 ^a	3 500	8 800	4 000	6 600	5 100	4 500	3 600	4 700	3 900	.
Landwirtschaft												
Erzeugung von Kuhmilch in 1000 t	Okt. 1950	1 448	93	2	260	2	207	103	76	217	480	10
in kg je Kuh und Tag	"	8,2	6,8	7,3	9,4	8,6	8,5	8,3	7,5	8,0	8,6	9,2
Industrie												
Beschäftigte ⁹ in 1000	30.9.1960	7 875	172	234	715	108	2 839	658	359	1 414	1 201	175
je 1000 Einwohner	"	148	75	128	109	154	180	139	106	185	127	167
Umsatz ⁹ in Mill. DM	Sept. 1960	23 365	598	1 117	2 371	410	8 856	1 774	1 007	3 819	3 009	403
darunter	"											
Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 565	103	132	429	61	1 208	338	158	586	408	142
Produktionsindex ¹⁰ (arbeitsstättlich) 1950 = 100	"	p 254 ^a	266	p 239	283	271	.	307	...	281	274	.
Bauwirtschaft¹¹ und Wohnungswesen												
Beschäftigte in 1000	30.9.1960	1 399	62	50	182	21	397	119	81	207	249	31
je 1000 Einwohner	"	26,2	26,9	27,1	27,7	30,4	25,3	25,1	24,0	27,0	26,4	29,2
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Sept. 1960	232	10	8	30	4	65	20	13	35	41	5
je Einwohner	"	4,3	4,6	4,4	4,6	5,2	4,1	4,1	3,9	4,6	4,4	5,0
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹² Anzahl	Okt. 1960	56 502	2 571	1 802	5 882	1 051	18 107	4 996	2 876	8 619	9 840	758
je 10 000 Einwohner	"	10,5	11,2	9,8	9,0	15,0	11,5	10,5	8,4	11,2	10,4	7,2
Fertiggestellte Wohnungen (Normalwohnungen) Anzahl	"	52 019	2 028	1 413	7 035	1 963	14 060	3 603	2 962	9 061	8 943	951
je 10 000 Einwohner	"	9,7	8,8	7,7	10,7	28,0	8,9	7,6	8,7	11,8	9,4	9,0
Ausfuhr												
Ausfuhr in Mill. DM ¹	Sept. 1960	3 887 ^b	91	177	411	59	1 251	344	186	638	397	160
Verkehr												
Strassenverkehrsunfälle ¹ Anzahl	3.Vj. 1960	257 455	11 565	14 527	27 555	4 329	74 500	24 745	16 067	36 358	43 409	4 400
je 10 000 Einwohner	"	48	50	79	42	62	47	52	47	48	46	42
Getötete Personen Anzahl	"	3 987	160	74	593	29	1 096	359	314	517	767	79
je 1 000 Unfälle	"	15	14	5	22	7	15	15	20	14	18	18
Steuern												
Steueraufkommen in DM je Einwohner												
Landessteuern ¹³	2.Rvj. 1960	96	62	189	72	129	114	103	59	101	79	72
Bundessteuern ¹⁴	"	167	150	572	124	376	186	136	123	154	123	109
Gemeindesteuern	"	45	37	64	39	61	52	43	36	45	38	27
Geld und Kredit												
Bestand an Spareinlagen in DM je Einwohner	31.10.1960	866	636	1 229	805	993	922	870	753	887	822	784
Fürsorge												
Öffentliche Fürsorge ¹⁵ Aufwand in DM je Einwohner	Rj. 1959	28,91 ^a	36,60	47,76	24,01	39,47	34,44	29,83	21,36	24,43	22,66	.
Lfd. unterstützte Pers. d. off. Fürsorge ¹⁶ je 1 000 Einwohner	"	16,9 ^b	24,2	17,2	16,7	23,1	19,9	17,6	13,3	13,6	13,2	.

1) vorläufige Zahlen 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder 4) Gebietsstand: 31.12.1959 5) Bayern: Oktober 1959 6) Arbeiter, Angestellte und Beamte 7) Beschäftigte und Arbeitslose 8) Das Bruttoinlandsprodukt der Länder ist mit dem des Bundesgebietes nur bedingt vergleichbar, da für das Bundesgebiet bereits generalbereinigte Werte vorliegen (siehe Wirtschaft und Statistik, Heft 9/September 1960) 9) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 10) Gesamtindex (ohne Bau) 11) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 12) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 13) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 14) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 15) offene und geschlossene Fürsorge und Tbe-Hilfe ohne übrige Leistungen 16) Bestand am 31.3.1960 a) ohne Saarland b) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen



Neu erschienen:

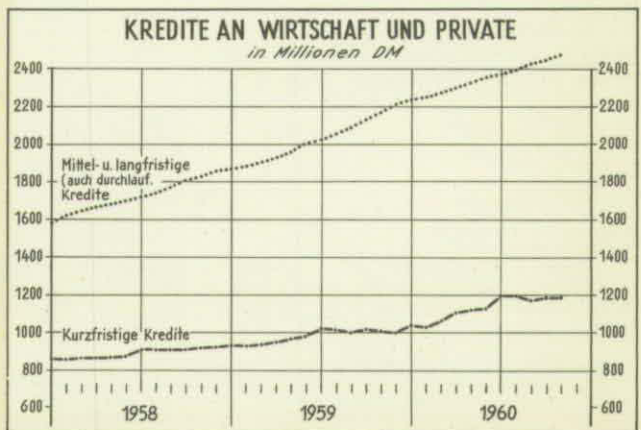
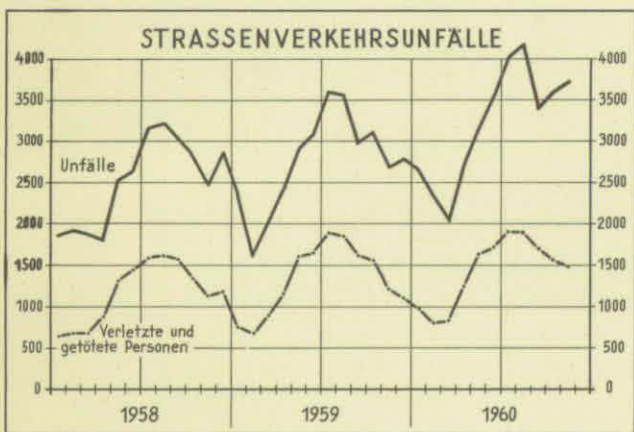
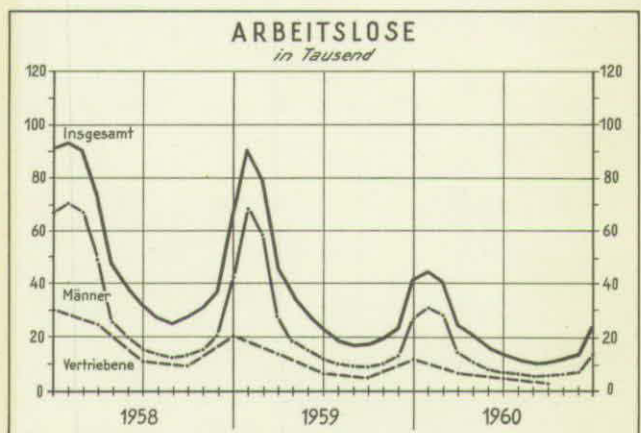
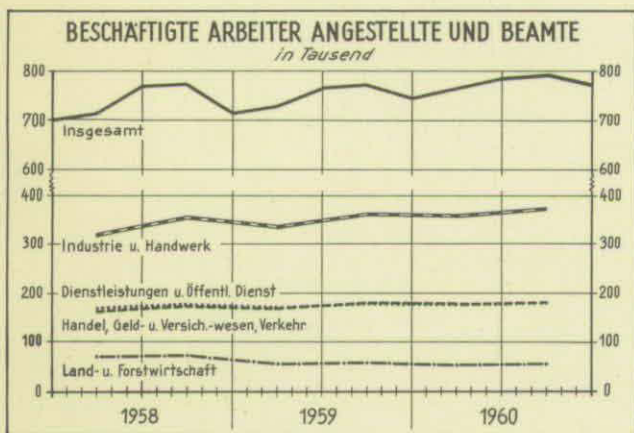
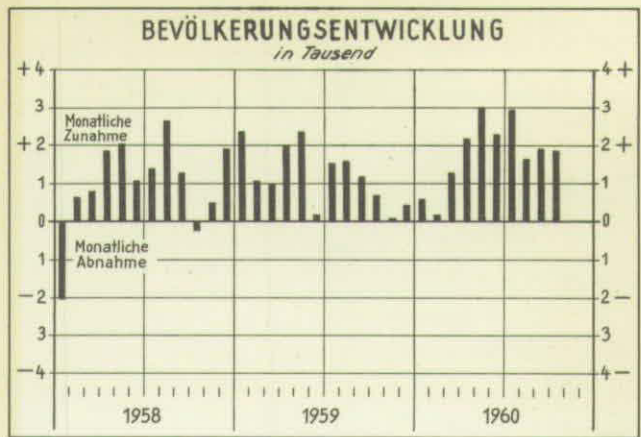
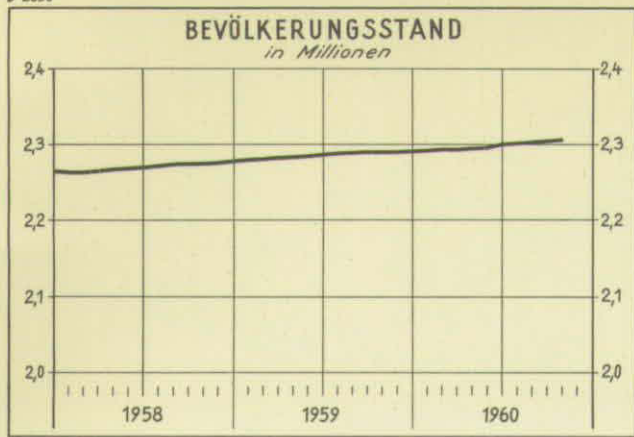
Statistische Berichte

A 1 2 „Wohnbevölkerung der Gemeinden
in Schleswig-Holstein am 30. 6. 1960“

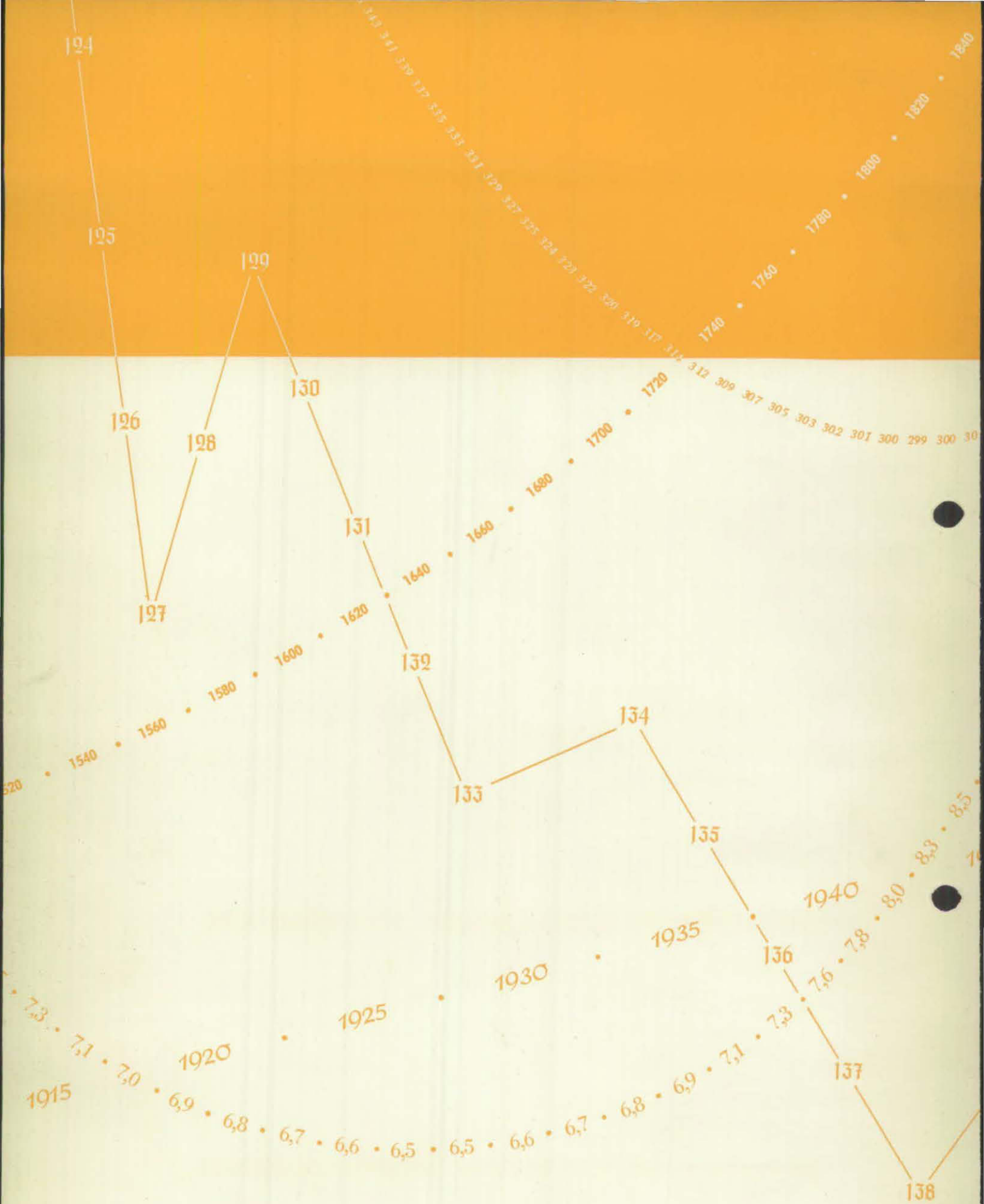
74 Seiten, Preis 4,20 DM

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN A*

D-2836



*) Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen in monatlichem Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus Industrie und Handwerk: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie; Arbeiterverdienste; Beschäftigte und Umsatz im Handwerk



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen